

Besprechungen

Otto Kraus: Grundfragen der Wirtschaftsphilosophie. Eine analytische Einführung. Berlin 1962. Duncker & Humblot. 271 S.

Wie der Verf. im Schlußwort (S. 249 ff.) feststellt, hat „die Wirtschaftsphilosophie bis heute noch keine rechte Heimat gefunden“, weil „die reine Philosophie an den philosophischen Problemen des sozialen Wirtschaftslebens noch zu wenig interessiert war, um dieser Literatur den Platz einer besonderen Fachwissenschaft einzuräumen“. Er kommt zu dem Ergebnis, daß „die Wirtschaftsphilosophie niemals mehr als derjenige Teil einer allgemeinen Sozialphilosophie sein (kann), der sich mit dem wirtschaftlichen Zweige des sozialen Lebens beschäftigt“. In diesem Sinne teilt der Verf. seine Ausführungen in fünf Kapitel auf; das 1. behandelt die „philosophischen Grundprobleme des sozialen Lebens“, das 2. „die deterministische Sozialphilosophie“, das 3. den „Menschen in Wirtschaft und Gesellschaft“, das 4. „Grundsätze der Sozialordnung und Elemente der Sozialstruktur“ und das 5. „die sozialen Schicksalsmächte“.

Im 1. Kapitel (§ 1 Biologische und historische Erfahrung) erfahren wir näheres über die „primäre Aufgabe der Sozialphilosophie“, sie „besteht in einer Erforschung derjenigen Mächte und Kräfte, welche die sozialen Situationen und ihre Veränderungen — m. a. W. die sozialen Ereignisse bestimmen; man könnte diese Wissenschaft demzufolge auch als die Lehre von der sozialen Dynamik (im weiteren Sinne) bezeichnen“. Der Verf. kommt zu dem Ergebnis, „daß sich aus der rationalistischen Wirtschafts- und Sozialphilosophie zwar eine Zweckgebundenheit, aber keine Sinnbestimmung der Wirtschaft im sozialen Leben ableiten läßt“ (S. 25). Hierbei ist von Interesse der historische Überblick über „die Entstehung der Sozialphilosophie“ und „die Geburt der Sozialkritik“ (S. 33 ff.).

Im 2. Kapitel sind wichtig die Darstellungen des Verhältnisses von „Naturwissenschaft und Sozialwissenschaft“ (S. 55 ff.) und besonders die kritischen Ausführungen über das Thema „Der dialektische und der historische Materialismus“ (S. 68 ff.). Auch auf „Sinn und Zweck des sozialen Lebens“ (S. 95 ff.) sei noch besonders hingewiesen. Im 3. Kapitel geht der Verf. zur näheren Erläuterung seiner Thesen gründlich auf die Geschichte der wirtschaftlichen Entwicklung ein, von der „produktiven Tätigkeit aus der frühen Altsteinzeit (600 000 vor Chr.)“ über „die Periode der praktischen Erfindungen“ (S. 114 ff.) zur „Periode der theoretischen Forschung in Naturwissenschaft und Technik“ (S. 117), auch weiter in den Ausführungen über „Kultur und

Zivilisation“ (S. 117 ff.). Den Sinn der Wirtschaft charakterisiert er unter dem Thema „Kulturphilosophie“ mit dem Satz: „Der Inhalt des Wirtschaftslebens ist also ein Kampf des Menschen gegen die Kargheit der Natur — der Inhalt des politischen Lebens hingegen ein Kampf des Menschen gegen den Menschen“ (S. 127). Auch über den Zusammenhang zwischen „technischem Fortschritt und geistiger Entwicklung“ finden wir (S. 125 ff.) historische und grundsätzliche Ausführungen.

Im 4. Kapitel kommt es dem Verf. vor allem auf die Unterscheidung zwischen politischer und wirtschaftlicher Freiheit an, deren Wesen sich aus der Art des „dauernden Zusammenlebens einer größeren Anzahl von Menschen“ (S. 151) ergibt; hier wird auch die Entstehung und die Geschichte der Sklaverei näher beleuchtet. Auch der „Freiheit des Geistes“ (S. 168 ff.) werden besondere Ausführungen gewidmet. Das veranlaßt den Verf., auch näher zu schildern, „wodurch sich die Freiheit des Geistes von der politischen und wirtschaftlichen Freiheit unterscheidet. Politik und Wirtschaft sind Anwendungsbereiche von menschlichen Kräften im sozialen Leben — der Geist hingegen ist die Quelle einer Kraft, die im einzelnen Menschen ihren Sitz —, wenngleich nicht ihrem letzten Ursprung hat“ (S. 181). Auch der Antagonismus zwischen Freiheit und Zwang, der letzten Endes die soziale Struktur im einzelnen bestimmt, erfährt eine ausführlichere Darstellung (S. 183 ff.), die sich vor allem auch mit dem autoritären und dem totalitären Staatsregime befaßt.

Im 5. Kapitel interessiert besonders der Abschnitt „Das soziale Leben im Spiegel der Wissenschaft“ (S. 205 ff.), ebenfalls in historischer Betrachtung. In der „sozialen Kinetik“ (S. 215 ff.) erscheint das Grundproblem des sozialen Lebens als ein „Gleichgewichtsproblem“ (S. 223), wobei zwischen strukturellem und dynamischem Gleichgewicht zu unterscheiden ist. Hierbei geht der Verf. noch näher auf den Gegensatz zwischen Revolutionen (zwecks Änderung der politischen und der sozialen Verhältnisse) und Evolution (§ 18 „Die soziale Evolution“) ein; hier betont er gegenüber dem Vulgärmaterialismus, der zum allgemeinen Kulturverfall führe, die Notwendigkeit einer geistigen Grundhaltung: „Gerade hierin zeigt sich der Geist, der eine Gesellschaft beherrscht, als der wahre Bestimmungsfaktor ihres Schicksals“ (S. 232). Jeder technische Fortschritt habe auch in der geistigen Entwicklung seine Wurzeln und müsse mit dem Erlahmen der geistigen Lebenskräfte zum Erliegen kommen. In seiner Auseinandersetzung mit dem Materialismus weist der Verf. nach, „daß sich als unabweisbare Konsequenz dieser Weltanschauung die Sinnlosigkeit des menschlichen Lebens ergibt“ (S. 253). Im Gegensatz dazu liegt ihm sehr viel an einer positiv religiösen Einstellung der Menschen; seine Überlegungen „mußten ihm notwendig erscheinen zur wissenschaftlichen Begründung seiner Überzeugung, daß eine wahre und sinnvolle Wirtschafts- und Sozialphilosophie nur eine christliche Philosophie sein kann“ (ibid.). Dieser Standpunkt führt ihn dann auch zu der Feststellung,

daß „die Wirtschaft keinen absoluten oder metaphysischen ‚Universal-sinn‘ hat, sondern nur einen rationalen Zwecksinn realisieren kann“ (S. 259).

Aus dieser kurzgefaßten Inhaltsangabe des Werkes ergibt sich m. E. die Schlußfolgerung, daß es für den Volkswirtschaftler, sowohl den theoretischen als auch den praktischen, auf alle Fälle lohnt, den Gedankengängen des Verfassers gründlich nachzugehen und sich mit ihnen auseinanderzusetzen, sei es nun zwecks Klärung des wissenschaftlichen Zusammenhangs, sei es zur Verwertung in der ihn umgebenden praktischen Welt.

Peter Quante, Kiel

Karl Löwith: Die Hegelsche Linke. Stuttgart-Bad Cannstatt 1962.
Friedrich Frommann Verlag. 287 S.

Der Verfasser hat in diesem Werk nach einer ausführlichen Einleitung in die „philosophische Theorie und geschichtliche Praxis in der Philosophie der Linkshegelianer“ Lesetexte aus den Werken von Heinrich Heine, Arnold Ruge, Moses Hess, Max Stirner, Bruno Bauer, Ludwig Feuerbach, Karl Marx und Sören Kierkegaard ausgewählt. Ein überaus dankenswertes Unternehmen! Denn wo findet sich schon eine auf 38 Seiten begrenzte gründliche Darstellung der Philosophie jener kritischen Erben Hegels, die man als „Junghegelianer“ oder, ihrer revolutionären Einstellung entsprechend, als „Linkshegelianer“ bezeichnet! Und wo hat selbst der Fachmann ohne weiteres die Lesestücke zur Hand, die für diese Philosophen besonders charakteristisch sind! Kaum jemand kennt die prophetischen, von der Sorge um das Schicksal des deutschen Volkes diktierten Worte von Heinrich Heine in der Abhandlung „Zur Geschichte der Religion und Philosophie in Deutschland“ (1834).

Charakteristisch für diese philosophische Richtung ist „die prinzipielle Wendung von einer sich selbst genügenden philosophischen Theorie zur geschichtlichen Praxis“ (S. 17). Im Mittelpunkt steht die Auseinandersetzung mit dem Begriff der Wirklichkeit als der „Einheit von Wesen und Existenz“ (Hegel). Karl Löwith zeigt in seinen sehr lesenswerten einleitenden Ausführungen, in welchem jeweils besonderen Sinne die Hegelianer die geschichtliche Wirklichkeit des Menschen bzw. seiner Existenzweise verstehen. „Nur die Leidenschaft“, sagt Feuerbach, „ist das Wahrzeichen der Existenz.“ Löwith zeigt in drei Sätzen, worum es geht: „Auch Marx und Kierkegaard haben ihre Hegelkritik an dem Begriff der wirklichen Existenz orientiert. Ruge richtet sich vorzüglich auf die ethisch-politische Existenz des Gemeinwesens, Feuerbach auf die sinnliche Existenz des leibhaften Menschen, Marx auf die wirtschaftliche Existenz der Masse und Kierkegaard auf die ethisch-religiöse des Einzelnen. Bei Ruge erschließt sich die geschichtliche Existenz dem politisch verstandenen ‚Interesse‘, bei Feuerbach die wirkliche Existenz überhaupt der sinnlichen Empfindung und Leidenschaft, bei Marx die soziale Existenz der sinnlichen Tätigkeit als gesellschaftlicher Praxis und bei Kierkegaard die ethische

Wirklichkeit der Leidenschaft des inneren Handelns“ (S. 20). Es ist erstaunlich, wie sich die wirtschafts- und sozialpolitischen Probleme damals und heute gleichen. In diesem Sinne ist das Werk sehr aktuell. Wir wünschen dem Buch vor allem ein eifriges Studium durch die Studierenden der politischen Wissenschaften sowie der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften.

Herbert Schack, Berlin

Wilfried Gottschalch: Strukturveränderungen der Gesellschaft und politisches Handeln in der Lehre von Rudolf Hilferding. (Soziologische Abhandlungen, Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Freien Universität Berlin, Heft 3.) Berlin 1962. Duncker & Humblot. 287 S.

Die vorliegende Schrift darf zu den besten Darstellungen der neueren Geschichte der deutschen Sozialdemokratie gerechnet werden. Sie verbindet ebenso profunde wie umfassende Sachkenntnis mit einer ungewöhnlichen Reife des politischen Urteils, solides quellenfundiertes Referat mit selbständige eindringenden Ideen zu den wesentlichen Fragen der Gesellschaft unserer Epoche, Gedankentiefe mit einer höchst angenehmen Darstellungsweise. Möchte das Buch dazu beitragen, den Stil unserer politischen Wissenschaft zu formen!

Die Untersuchung hebt an mit einer kurzen Darstellung des Lebens von *Hilferding*, an die sich eine im wesentlichen korrekte Wiedergabe der „Kerngedanken des Marxismus“ schließt. Der Autor führt sodann die Situation und den Richtungsstreit in der Sozialdemokratie vor dem ersten Weltkrieg vor, wobei er sehr zutreffend den „Widerspruch zwischen dem offiziellen Radikalismus in der Theorie und dem sozial-politischen Reformismus in der Praxis“ hervorhebt (S. 63). Die Sozialdemokratie entwickelte sich „weder zu einer revolutionären proletarischen Klassenpartei noch zu einer radikalen demokratischen Volkspartei“ (S. 64). Sie „hat das Erbe, das ihr Marx und Engels hinterließen, nicht bewältigt“ (S. 65). Auch *Hilferdings* Rolle im Richtungsstreit von 1914 wird (ebenso wie die von *Kautsky*) berechtigter Kritik unterzogen: Seine „große Leistung . . . war die zutreffende Analyse der sozialen Machtverhältnisse im kaiserlichen Deutschland. Sein Fehler war es, daß er das Erkannte im Sinne der Politik des quietistischen Parteizentrums interpretierte“ (S. 85). — Angesichts des allgemeinen Rückstandes der sozialdemokratischen Politik hinter den drängenden Fragen des Tages „war es kein Wunder, wenn das Parteizentrum der Herausforderung des Imperialismus nicht gewachsen war“ (S. 88).

Es folgt die Darstellung der Analyse, die *Hilferding* im „Finanzkapital“ von 1910 von den ökonomischen Veränderungen seiner Zeit gegeben hat. (Der als „Entdeckung“ *Hilferdings* bezeichnete „Gründergewinn“ (S. 96) findet sich allerdings der Sache nach schon bei *Marx*.) Zu Recht wird vermerkt, daß entgegen den Erwartungen vieler Zeitgenossen „das Aktienwesen weder die Abschaffung der Kontrollfunktion des Eigentums noch ihre Demokratisierung“ gebracht habe

(S. 101). Auch an seiner (übrigens von verschiedenen zeitgenössischen Nationalökonomien damals gleichfalls vertretenen) Auffassung, das Bankkapital unterwerfe sich einfach das Industriekapital, übt der Autor zutreffende Kritik (S. 101 f.). Ebenso ist es richtig, daß *Hilferding* „seine Aufmerksamkeit mehr auf die Prozesse innerhalb der Zirkulationssphäre richtet und dafür die Veränderungen innerhalb der Produktion vernachlässigt“ (S. 103). Daher deutet er auch die Krisen nur aus Disproportionalitäten der Märkte, welche durch das später von *Hilferding* erwartete „Generalkartell“ überwunden werden sollen (S. 103 f.). Seine Auffassung vom neuen Verhältnis der „Kapitalistenklasse“ zur Staatsmacht (S. 107 ff.), vom Kapitalexport und der Außenpolitik des „Finanzkapitals“ (S. 114 ff.) sowie von der ihr entsprechenden spezifischen Herrschaftsideologie (S. 121 ff.), schließlich von der Verwandlung der „Klassenverhältnisse“ (S. 125 ff.) läßt Verfasser volle Gerechtigkeit widerfahren. Es ist das besondere Verdienst des Buches, daß *Hilferdings* Auffassungen stets in den größeren Rahmen der zeitgenössischen Lehren versetzt werden. So wird auch die Theorie des Finanzkapitals mit den zahlreichen Imperialismustheorien des frühen zwanzigsten Jahrhunderts konfrontiert (S. 135 ff.).

Die während des ersten Weltkriegs von *Hilferding* vertretene politische Auffassung „stimmte mit der der späteren USPD überein. Er war ein Gegner des Burgfriedens und der Kreditbewilligung und wollte die Arbeiterbewegung von der Bindung an die Regierung befreien. Daneben zeigen seine Aufsätze dieselbe Unklarheit über die Taktik, die die Arbeiterbewegung im Kampf gegen Krieg und Burgfrieden einschlagen sollte, wie alle Reden und Schriften der Unabhängigen“ (S. 159). „Von der deutschen Sozialdemokratie kann man ebenso wie von der Zweiten Internationale sagen, daß sie die Priifungen des ersten Weltkrieges nicht bestanden hat. . . . Eine entschlossene Opposition hätte vielleicht die Regierung zu einem Verständigungsfrieden veranlassen können, als dieser noch möglich war“ (S. 160 f.). — Es folgen bemerkenswerte Überlegungen zum Räte-Gedanken (S. 161 ff.): Während das Räte-System einerseits im Gegensatz zu der Notwendigkeit bürokratischer Verwaltung im modernen Staat steht, reicht andererseits „der Parlamentarismus allein auch nicht mehr aus, um die Demokratie zu sichern“ (S. 167). — Die gleiche prüfende Frage nach den möglichen Alternativen stellt der Verfasser auch bei Würdigung der Sozialisierungsdebatte nach der „unvollendeten Revolution“ von 1918 (S. 168 ff.).

Hilferdings Lehre vom „organisierten Kapitalismus“ (S. 189 ff.) sieht Verfasser als Ausdruck der Periode der „relativen Stabilität“ zwischen der Inflation und der Weltwirtschaftskrise an. „In Wirklichkeit hatte sich keine Organisation der Wirtschaft, sondern eine Organisation von Oligopolen und Monopolen vollzogen. Diese führten einen unerbittlichen Konkurrenzkampf gegeneinander“ (S. 194). Auch *Hilferdings* Vorstellung von einem „realistischen Pazifismus“ entsprach nicht der politischen Wirklichkeit (S. 200). Er unterschätzte die

„imperialistischen und nationalistischen Tendenzen in Deutschland“ (S. 203). „Seine Theorie des organisierten Kapitalismus veranlaßte ihn, die Krisengefahren zu unterschätzen“ (S. 215). Daher stand er auch dem Erstarken des Nationalsozialismus ratlos gegenüber (S. 217). „Wenn die sozialistische Arbeiterschaft ihre eigene Existenz und die demokratische Republik in Deutschland retten wollte, hätte sie . . . zum rücksichtslosen Klassenkampf übergehen müssen“ (S. 217). Es folgt die ironische Feststellung: „Die Erfahrungen der Weimarer Republik bestärkten also nicht die Erwartung, daß der Sozialismus auf parlamentarisch-demokratischem Wege zu erreichen ist. . . . Die heutige SPD hat aus diesen Tatsachen die Konsequenzen gezogen. Den revolutionären Weg will sie nicht gehen. Deshalb verzichtet sie auf das Ziel des „wissenschaftlichen Sozialismus“ und beschränkt ihre Politik auf soziale Reformen innerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung“ (S. 218).

Die Fehleinschätzung der politischen Situation durch *Hilferding*, besonders im Jahre 1932, wird überzeugend nachgewiesen (S. 221 ff.). Er verkannte, „daß die hierarchisch-kapitalistische Ordnung der Wirtschaft, die er vor 1920 oft und scharf genug angegriffen und kritisiert hatte, der parlamentarisch-demokratischen Ordnung des Staates widersprach“ (S. 224).

Es folgt die Würdigung von *Hilferdings* nun wieder revolutionär gewordenen Vorstellungen vom Kampf gegen den Nationalsozialismus in der Zeit seiner Emigration. Seine Hoffnung auf internationale Isolierung des nationalsozialistischen Regimes erfüllte sich allerdings nicht. „Hätten die Westmächte nicht eine Politik des ‚appeasement‘ getrieben, zu der sie vielleicht die Angst vor der Sowjet-Union verführte, wäre der Nationalsozialismus vermutlich in die von *Hilferding* angekündigten innerpolitischen Schwierigkeiten geraten, die unter Umständen auch revolutionäre Massenbewegungen ausgelöst hätten“ (S. 237).

Das Werk, das mit einer kritischen Analyse von *Hilferdings* Staats- und Klassenauffassung in dessen Spätzeit schließt, bietet weit mehr, als der Titel anzeigt. In *Hilferdings* Persönlichkeit verkörpert sich dem Autor „Das Schicksal der alten deutschen Sozialdemokratie“ (S. 31) — auch in ihrem Scheitern, das zugleich das Scheitern der deutschen Republik gewesen ist. Hierüber freilich darf man nicht hinwegkommen, solange die Demokratie immer noch Aufgabe bleibt.

Werner Hofmann, Göttingen

Peter Heintz und René König (Hrsg.): Soziologie der Jugendkriminalität. (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 2.) Köln und Opladen o.J. Westdeutscher Verlag. 188 S.

Die vorliegende Veröffentlichung vereinigt Beiträge namhafter Autoren aus dem In- und Ausland zur Soziologie und Sozialpsychologie der Jugendkriminalität. Sie wird im ersten Teil eingeleitet durch zwei Aufsätze der beiden Herausgeber: „Einige Bemerkungen zur Stellung des Problems der Jugendkriminalität in der allgemeinen So-

ziologie“ von René König und „Ein soziologischer Bezugsrahmen für die Analyse der Jugendkriminalität“ — zugeschnitten auf die im speziellen Teil folgenden Beiträge — von Peter Heintz.

Im zweiten Teil des Heftes zeigt zunächst Gerd Biermann (Schweiz) „Wege zur Jugendkriminalität“ auf: Vorstufen, Reaktionsformen und Ersatzsymptome kindlicher Verwahrlosung werden anschaulich dargestellt und mit instruktiven Beispielen belegt. Anschließend folgt ein Beitrag des inzwischen verstorbenen Andrew F. Henry (USA) über „Affekt, Interaktion und Delinquenz“, in dem auf Grund neuerer Untersuchungen interessante Beziehungen zwischen Delinquenz, Richtung der Aggressivität, bio-chemischen Prozessen, Geschwisterfolge und der Frage, durch welchen Elternteil die Bestrafung erfolgt, aufgezeigt werden. In seinen „Bemerkungen zur sozialen Prognose, insbesondere in bezug auf Jugendliche“ behandelt sodann Wolf Middendorff ein — trotz der Rechtfertigungsversuche durch den Verfasser doch wohl sehr fragwürdiges — Verfahren, das es gestatten soll, die soziale Prognose jugendlicher Rechtsbrecher auf Grund objektiver Faktoren mathematisch-statistisch zu berechnen. Die anschließende Abhandlung „Jugendkriminalität und Subkultur“ von John Barron Mays (England) analysiert sehr anschaulich das kriminelle Verhalten Jugendlicher aus einem ehemals verkommenen Hafenviertel von Merseyside. Albert K. Cohen erläutert unter dem Titel „Kriminelle Subkulturen“ seine Thesen, die Jugendkriminalität bestehe zur Haupt-sache in der Teilnahme an kriminellen Subkulturen, die ihrerseits von der weiteren sozialen Struktur abhängig seien. An Hand zahlreicher Beispiele berichtet Odette Philippon (Frankreich) über „Unterschiede zwischen Knaben und Mädchen“ in der Jugendkriminalität. Der zweite Teil des Heftes schließt mit einer überzeugend dargelegten Einzelfallstudie von Hans Zulliger (Schweiz), die sich mit den hintergrün-digen Triebfedern von Eigentumsdelikten befaßt.

Der dritte Teil enthält einen Literaturbericht von David J. Bordua (USA) über die „Hauptrichtungen in Theorie und Erforschung der Jugendkriminalität in den USA seit 1930“.

Schon diese knappen Hinweise zeigen, daß das Problem der Jugend-kriminalität von den verschiedensten Seiten beleuchtet wird. Insgesamt vermittelt die Veröffentlichung einen guten Einblick in die For-schungsarbeit auf dem Gebiet der Jugendkriminalität und gibt zugleich allen denjenigen wertvolle Anregungen, die sich beruflich mit jugend-lichen Delinquenten zu befassen haben. Ludwiga Bleß, Hamburg

Herbert Benesch: Wirtschaftspsychologie. München-Basel 1962. Verlag Ernst Reinhardt. 168 S.

Der Tübinger Wirtschaftspsychologe legt mit diesem hauptsächlich für Psychologiestudenten gedachten Lehrbuch eine „Theorie der Wirt-schaftspsychologie“ vor, die sich im wesentlichen mit der Abgrenzung der Begriffe und mit den Anwendungsbereichen der Psychologie im Wirtschaftsleben beschäftigt. In Anlehnung an den Alltagssprach-

gebrauch gliedert die Darstellung sich in eine „Psychologie der Ware“, eine solche „des Kaufes“ und „des Käufers“, „des Verkaufs“ und „der Werbung“; für die etwas unbekümmerte Behandlung, die der Begriff Psychologie bei seiner abwechselnden Anwendung auf Personen, Sachen, Betriebsabteilungen und Wirtschaftszweige erfährt, wird der Leser durch ein Schlußkapitel über Methodik entschädigt, das auch die Forschungsgebiete aufzählt, mit denen es der Wirtschaftspsychologe später in seinem Beruf zu tun hat. Daraus ergibt sich noch klarer als aus der Gliederung, daß der Verfasser unter „Wirtschaftspsychologie“ ausschließlich oder doch ganz überwiegend die Verkaufs- und Werbe-psychologie versteht; die Wirtschaftspsychologie „umfaßt eine Reihe dem Wirtschaftsabsatz zugewandter Forschungsgegenstände“, und sie „unterscheidet sich demnach deutlich von der Industriepsychologie, deren Probleme sich auf die Produktionsseite beziehen“. Ein Dachbegriff für beide scheint dem Verfasser entbehrlich (S. 155); offenbar ist „Wirtschaft“ für ihn gleichbedeutend mit Verkaufen, so wie Industrie mit Produzieren.

Den Studierenden der Psychologie wird mit diesem oberflächlichen Bild vom Wirtschaftsleben kein besonderer Dienst erwiesen; ihre eigene Rolle als künftige Wirtschaftspsychologen wird ihnen bei weitem zu subaltern vorgestellt, wenn sie gewissermaßen nur für Hilfsdienste in der Verkaufs- und Werbeabteilung ausgebildet werden, und von den eigentlichen wissenschaftlichen Problemen, die sich der psychologischen Forschung gerade im Wirtschaftsleben stellen, erfahren sie wenig oder gar nichts. Daß hier für die Psychologie exakt nachprüfbare und quantifizierbare Zusammenhänge zwischen Bewußtseinsinhalten und Verhaltensweisen, Einstellungen und Motiven auf der einen, Aktionen und Reaktionen auf der anderen Seite zu studieren sind, m. a. W. daß der allgemeinen, nicht nur der „angewandten“ Psychologie hier ein wichtiges, bisher viel zu wenig beachtetes Feld lohnender Forschung zu erschließen wäre, kommt in dem Lehrbuch von Benesch ebensowenig zum Ausdruck wie die Tatsache, daß die von ihm analysierten „Käufer“ in erster Linie Menschen sind, d. h., daß sie im Laden und vor dem Laden den gleichen psychischen Antrieben und Hemmungen ausgesetzt sind wie in der Schule, auf der Straße oder auf dem Kasernenhof, in der Familie und in jedem beliebigen Beruf. Für Benesch steht der potentielle Käufer in einer jeweils individuellen „Kaufwelt“, die neben seiner individuellen „Arbeitswelt“ und „Familienwelt“ nur einen abgesonderten „Bezugspunkt des individuellen Lebens ausmacht“ (S. 43). Diese Absonderung des Käuferverhaltens vom sonstigen menschlichen Tun und Empfinden spiegelt sich in den blutleeren Kategorien der Beneschschen Käufercharakteristik, wie „Kaufaufbietung“, „Kaufrollen“, „Kaufausschnitt“ und „Wirtschaftsbegegnung“ (!); in der „Verhaltensfunktion“ ist die Rede von „Bereitschaft“, „Anteilnahme“, „Haltung“, „Veranlassung“, „Auffassung“ und „Verwendung“. Daß für alle diese Situationsmerkmale, Verhaltensweisen und Reaktionen längst eingespielte Begriffe

im Gebrauch sind, die der Wirtschaftspsychologe fertig vorfindet, sobald er den Hörsaal verlassen hat, erfährt er aus dem Beneschschen Lehrbuch leider nicht; Begriffe wie Markttransparenz, Nachfrageelastizität oder Präferenzen kommen in diesem Lehrbuch der Käuferpsychologie überhaupt nicht vor.

So bleibt das Lehrbuch der „Wirtschaftspsychologie“ ein fragwürdiger, zumindest etwas einseitiger Beitrag zur Wirtschaftslehre des Absatzes und der Werbung; die mit gutgewählten Bildbeispielen ausgestatteten Abschnitte über Verkauf und Werbung bilden, auch nach ihrem Umfang, den eigentlichen Schwerpunkt des Buches.

Günter Schmölders, Köln

Hartmut Kreikebaum und Günter Rinsche: Das Prestigemotiv in Konsum und Investition. Demonstrative Investition und aufwendiger Verbrauch. (Beiträge zur Verhaltensforschung, herausgegeben von G. Schmölders, Heft 4.) Berlin 1961. Duncker & Humblot. 221 S.

Von den bislang vorliegenden „Beiträgen zur Verhaltensforschung“, mit denen der Herausgeber Günter Schmölders den theoretischen Erkenntniswert und die realistische wirtschaftskundliche Reichweite einer von ihm monographisch seit nunmehr zehn Jahren fortentwickelten empirischen Sozialökonomik dokumentieren möchte, stellen die beiden in diesem Bande vereinigten Abhandlungen nach Ansicht des Rezensenten die nützlichsten und dem Gegenstand nach interessantesten Arbeiten dar. Zeigen sie doch, daß und wie es möglich ist, die nationalökonomische Forschung auch im Bereich jenseits von Angebot und Nachfrage anzusiedeln, wo Psychologie und Soziologie — notgedrungen oder bereitwillig — ihr Eigenleben führen, ihre gesonderte Sprache reden und höchsteigene Meinungsverschiedenheiten schon über teleologische und methodische Grundsatzfragen ausfechten, während andererseits die Nationalökonomie die Preisbildung, den Wirtschaftskreislauf oder das Wachstum vom Gerüst eines Datenkranzes aus zu studieren pflegt, der zwar ad libitum verändert werden kann, aber nicht darüber hinweghilft, daß angesichts der Vielfalt und des ständigen Wandels der sozialwirtschaftlichen Bedingungen und der Motive individuellen Konsumenten- und Produzentenhandelns diese Daten selber auch zum Problem werden. Hier erschließt die sozialökonomische Verhaltensforschung in der Tat ein vielversprechendes Untersuchungsfeld, weil sie — mit Schmölders' Worten — „deutlich macht, daß die ökonomischen Prozesse nicht als exogen determinierte Mechanismen, sondern als Ergebnisse menschlicher Handlungen betrachtet werden müssen“.

Kreikebaums Beitrag über „Das Prestigeelement im Investitionsverhalten“ geht den Einflüssen des Geltungsmotivs (etwa im Sinne von Riesmans „conspicuous production“) auf betriebliche Investitionsentscheidungen nach und setzt zunächst die Verhaltenshypothesen der herrschenden Investitionstheorien auseinander, um darzutun, daß dem Prestigefaktor dogmatisch bisher kaum Beachtung geschenkt wurde. Alsdann untersucht der Autor die Rolle von Prestigemomenten in der

Gesamtmotivation unternehmerischen Investitionsverhaltens, namentlich in ihrer Verknüpfung mit dem Gewinnstreben. Die Erörterung des Prestiges als Investitionsnorm läßt deutlich werden, daß der soziale Status die Investitionspolitik besonders in Mittel- und Großbetrieben bestimmt, die sich durch Anonymität der einzelnen Betriebsangehörigen auszeichnen (S. 49). Nach einer Skizze des Investitionsprestiges in *Galbraiths „Überflußgesellschaft“* nordamerikanischen Zuschnitts resümiert der Verfasser an Hand kritischer Fremd- und Selbstzeugnisse seriöser und ephemerischer Natur, die bis zu Bestsellern und Spiegel-Interviews reichen, über die Äußerungen des Sozialprestiges im westdeutschen Wirtschaftswunderland („snob-appeal“ am Automobilmarkt und im Bauwesen, wobei anzumerken wäre, daß die sogenannte Öffentlichkeitsarbeit der Public-Relations-Jünger und die Ambition der modernen Architektur, mit der Zwecksetzung der Bauelemente zugleich deren geschäftig rationalisiertes Innenleben in Glassäulen zur Schau zu stellen, von Demonstrationsbedürfnissen ihr Brot erhalten). In den Schlußabschnitten werden die Erscheinungsformen des Prestigelements systematisch zusammengefaßt und die Schwierigkeiten empirischer Erhebungen dargelegt.

„Der aufwendige Verbrauch“ ist das Thema der Abhandlung Rinsches, die auf die sozialökonomischen Besonderheiten geltungsbedingter Nachfrage hinzielt, wie sie vor allem durch den Begriff der „conspicuous consumption“ von Veblen in die Diskussion eingeführt wurde. Den „Luxus“ vom „Aufwand“ abzugrenzen, gibt der Verfasser wohlweislich sogleich auf und rechnet zum „aufwendigen Verbrauch“ schlechthin „die Kaufhandlungen und Verhaltensweisen des Käufers . . . , die nicht nur durch den unmittelbaren Gebrauchsnutzen einer Ware, sondern auch durch ihren ‚Geltungsnutzen‘ oder den der Kaufhandlung angeregt und beeinflußt werden“ (S. 113). Wie heutzutage auf Schritt und Tritt beobachtet werden kann, gehört dazu sicherlich auch die Erwägung, wo man kauft: Heinz Pächters Artikel „Das Kaufhaus der Millionäre“ (Deutsche Zeitung Nr. 297/1961, S. 3) liefert in bezug auf Tiffany & Co. in New York — den exklusiven Ort der Handlung in Truman Capotes bekanntem Roman „Frühstück bei Tiffany“ — eine höchst lesenswerte Probe. Rinsche hebt den ostentativen Charakter des aufwendigen Verbrauchs rivalisierender Konsumenten hervor und schildert nach einem literaturgeschichtlichen Rückblick bis zur Antike die Voraussetzungen und Beweggründe des aufwendigen Verbrauchs in der Gesellschaft der Gegenwart. „In Ermangelung anderer Prestigezeichen und Statussymbole werden wirtschaftliche Güter, vor allem auch Gegenstände des sogenannten Konsumvermögens, als Symbol der eigenen Leistungsfähigkeit und als Mittel zur Befriedigung des Geltungsbedürfnisses gewertet und begehrt“ (S. 136).

Die Einflüsse des Geltungsbedarfs auf die Verbrauchsstruktur erörtert der Verfasser anschaulich mit Hinsicht auf die Prestigefunktionen und Demonstrationsmittel der Kleidung, des „Statussymbols Auto“, der Wohnung und Wohnungseinrichtung, der Schmuck-

und Kunstgegenstände und — horribile dictu — der „Freizeitgestaltung“. Als typische Prozesse geltungsorientierter Nachfrageänderungen nennt und erklärt der Autor den Bandwagon-Effekt („Bandwagons“ sind Festzugswagen mit Musikkapellen im Repertoire amerikanischer Wahlkampfumzüge), den Snob-Effekt (bei dem im Gegensatz zum Bandwagon-Effekt die Einzelnachfrage eines Käufers mit der Gesamtnachfrage des Marktes negativ korreliert ist) und den Veblen-Effekt (als inverse Nachfragereaktion auf Preisänderungen). Das letzte Kapitel beschäftigt sich mit dem Branchenwettbewerb als Folge des aufwendigen Verbrauchs und den absatzpolitischen Praktiken zur „Mobilisierung des Geltungsnutzens“ durch Sortendifferenzierung, modisch-temporäre Produktvariation und massensuggestive Gemeinschaftswerbung („Man geht nicht mehr ohne Hut“).

Verhaltensforscher haben es schwer, bei kühlem nationalökonomischem Verstand zu bleiben und nicht unversehens Kulturkritik zu üben. Im Ernst: Droht diese Manipulierung des Verbrauchers durch vorfabrizierte Alternativen oder gar unterschwellige Entscheidungshilfen — wenn das große Wort vom Konsumentenplebisitz stimmen soll — nicht zu einer Prestigefrage marktwirtschaftlicher Ordnung zu werden?

Antonio Montaner, Mainz

Theodor Beltle: Die Funktion der Wirtschaft in Theorie und Praxis. Berlin 1962. Duncker & Humblot. 182 S.

Der Verfasser bemüht sich in diesem interessant und anregend geschriebenen Buch um eine in sich geschlossene, ganzheitliche Darstellung der Wirtschaft, insonderheit „um eine Zusammenschau der Aufgaben und Organisation der Volkswirtschaft“. „Vom Wesen der Sache, d. h. von ihrem inneren Kräftezusammenhang als einem Ganzen, werden hier alle Seiten der Wirtschaft behandelt, die sonst in einer ganzen Reihe von Wissenschaften verstreut sind“ (Vorwort). Die Fragestellung, Theorie und Methode der Philosophie bzw. Anthroposophie von Rudolf Steiner bilden den Ausgangspunkt und die Grundlage der sozialen ökonomischen „Wesenserkenntnis“.

Das Urphänomen, das Urbild der Wirtschaft ist nach der Meinung des Verfassers der Tausch. Da Beltle diesen Tausch aber von vornherein auf zwischenmenschliche, vertragliche Beziehungen und die damit verbundene Eigentumsübergabe beschränkt, verbaut er sich den Zugang zu Begriff und Idee der Produktionssphäre. Der Verfasser erklärt selbst ausdrücklich, daß es sich hierbei um einen außerökonomischen Bereich handelt: „Um Mißverständnisse von vornherein auszuschalten, sei der Hinweis wiederholt, daß die so eng mit der Wirtschaft verbundenen Bereiche der Arbeit, besonders auch der schöpferischen und unternehmerischen Arbeit, der Bedürfnisse, der Qualität der angebotenen Güter, der Vermögensanhäufung oder gar der Politik, des Rechtes usw., in diesem Rahmen nicht behandelt worden sind, weil sie nicht im Element der Wirtschaft wurzeln. Selbst das Wachstum, der Produktivitätsfortschritt hat seine eigentliche Ursache

nicht in der Wirtschaft, sondern in der Arbeit der Unternehmer und Erfinder. Das Wachstum wird nur gefördert oder gehemmt durch den Zustand der Wirtschaft“ (S. 153/54).

Man kann nicht sagen, daß auf diese Weise die Wirtschaft bzw. der Wirtschaftsprozeß als ein Ganzes begriffen und dargestellt werden kann. Der Verfasser würde sich auf dem einmal beschrittenen Wege besser insgesamt zurechtfinden können, wenn er den Grundbegriff des Tausches nicht so eng fassen, sondern auch auf die Beschaffung der Güter und Dienste ausdehnen würde. Hierfür hat er sich selbst schon den Ausgangspunkt geschaffen, wenn er den Tausch als einen „Vorgang“ bezeichnet, „in dem Handlungen von Menschen und Bewegungen von Gütern miteinander verflochten sind“ (S. 17).

Indem man die beiden genannten Faktoren aufeinander bezieht, gibt es (nach Beltle) „drei mögliche Verhältnisse: 1. Mensch: Mensch; 2. Mensch: Güter; 3. Güter: Güter“ (S. 18). Das ist gut gesagt. Hier hätte Beltle einen trefflichen systematischen Gesichtspunkt für eine sozialökonomische Wesenserkenntnis gehabt. Da er aber das Verhältnis zwischen Mensch und Mensch usw. gleich wieder als Tauschvertrag bzw. gegenseitige Eigentumsübergabe, als ein Eigentumsverhältnis und schließlich als ein Preisverhältnis versteht, wird die Wirtschaftslehre allzusehr auf den Kreis einer Tausch- und Marktwirtschaftslehre beschränkt. Was diesen Bereich anbetrifft, so ist dem Verfasser eine das Wesentliche zusammenfassende Darstellung wohl gelungen. Es kommt ihm — praktisch — auf eine gesunde Gestaltung der Wirtschaft auf allen Ebenen an. „Es ist kein Zweifel möglich an der Richtigkeit der Urfunktionen, wenn diese in der Weltwirtschaft zu einer gesunden Produktivitätsstruktur führen, in den Volkswirtschaften zu gesundem Leistungswettbewerb bei stabilem Preisniveau, Vollbeschäftigung und stetigem Wachstum, und in der Einzelwirtschaft zu einer Stärkung der Selbständigkeit, und ganz allgemein zu einer Entfaltung der Initiative, der Einigkeit und des Vertrauens“ (S. 157).

Das Buch ist flüssig und leicht verständlich geschrieben und darf sich daher mit Recht an einen weiteren Leserkreis wenden. Angesichts der fortschreitenden Spezialisierung der Wissenschaften ist jedes Bestreben begrüßenswert, das den jeweiligen Gegenstand der Erfahrung, in unserem Falle die Wirtschaft, in seiner Ganzheitlichkeit aufzuweisen trachtet.

Herbert Schack, Berlin

Georg Jahn (Hrsg.): Die Wirtschaftssysteme der Staaten Osteuropas und der Volksrepublik China. Untersuchungen über Entstehung, Entfaltung und Wandlung sozialistischer Wirtschaftssysteme. 2 Bde. (Schriften des Vereins für Socialpolitik. Neue Folge Bd. 23/I u. II.) Berlin 1961 und 1962. Verlag Duncker & Humblot. Bd. I 397 S. und Bd. II 510 S.

Auf Veranlassung des Vorstandes des Vereins für Sozialpolitik (Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften) konstituierte sich im Jahre 1957 unter dem Vorsitz von Georg Jahn ein „Ausschuß zum

Studium der Ostfragen". Dieser sollte die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung der Sowjetunion und der von ihr abhängigen Staaten untersuchen und darstellen. Georg Jahn ging von der Vorstellung aus, es müsse zunächst ein Modell der Sowjetwirtschaft als System der zentralen Verwaltungswirtschaft konstruiert werden, um dann die Verwirklichung dieses Modells in der Sowjetunion und den anderen Staaten des Ostblocks und darüber hinaus auch in Jugoslawien zu untersuchen. Durch die Voranstellung einer Theorie der Sowjetwirtschaft ist nun in der Tat eine Abstimmung der Einzeldarstellungen erreicht und die Gefahr einer bloßen Aufreihung von Ländermonographien vermieden worden.

Georg Jahn hat in mühevollen und zeitraubenden Besprechungen die Mitarbeiter gewinnen können, die sich der vorgezeichneten schwierigen Aufgabe unterziehen konnten.

W. M. Frhr. von Bissing hat (mit anfänglicher Unterstützung von H. Schack) die gleichsam als Orientierungsgrundlage für die Länder-Darstellungen dienende „Theorie der sozialistischen (sowjetischen) Wirtschaft“ entworfen. (Er zeichnet übrigens auch als Mitherausgeber des ersten Bandes.) Mit dem Beitrag von Hans Raupach „Die Grundbedingungen der Sowjetwirtschaft“ und dem Beitrag von Helmut Klocke „Das System der zentralen Verwaltungswirtschaft in der Sowjetunion“ kam dann die Analyse der einzelnen Wirtschaftssysteme, die von folgenden Autoren durchgeführt wurde: Kurt Poralla stellte sich die Aufgabe, das Thema „Polen in Angleichung an das sowjetische Wirtschaftssystem“ zu bearbeiten. Karl C. Thalheim behandelte „Die Rezeption des Sowjetmodells in Mitteldeutschland“, Otto Turecek „Die Verwirklichung des Sozialismus in der Tschechoslowakei“. Bei der Gewinnung von Bearbeitern der sozialistischen Wirtschaftssysteme Südosteuropas hat die „Arbeitsgemeinschaft Ost“ in Wien dankenswerte Hilfe geleistet. Ferenc Joó hat über die „Entstehung und Entfaltung des sozialistischen Wirtschaftssystems in Ungarn“ berichtet, Otto R. Ließ über „Planwirtschaft und Sozialismus in Rumänien“, R. P. Rochlin über „Das bulgarische Wirtschaftssystem“, Robert Schwanke über „Die Verwirklichung der Sowjetwirtschaft in Albanien“. Natürlich mußten in diesem Zusammenhang auch „Grundzüge und Eigenständigkeit des jugoslawischen Wirtschaftssystems“ dargestellt werden. Die Bearbeitung dieses Themas ist Kurt Wessely zu danken. Besonderes Interesse dürfte der Beitrag von Werner Handke „China auf dem Wege zum Sozialismus und Kommunismus“ finden. Handke hat fünf Jahre hindurch von Hongkong aus den Weg der chinesischen Volksrepublik beobachten und studieren können.

Es ist weder möglich noch angebracht, zu den einzelnen Beiträgen kritisch Stellung zu nehmen. Jede Monographie stellt die Sachkenntnis des Verfassers unter Beweis. Dennoch drängen sich hier und da Fragen auf, die zu weiterer Erörterung anregen. Darf man zum Beispiel, wie Hans Raupach es tut, die Ideologie der kommunistischen Bewegung nur als ein Datum hinnehmen, um daraufhin, also unab-

hängig davon, die Aktionsbedingungen des wirtschaftlichen Systemzusammenhangs zu erklären? (I, S. 77.) Ist die kommunistische Ideologie nicht selbst eine stetig wirksame Aktionsbedingung? Darf man die „Organisation der Sowjetwirtschaft“ aus den „gegebenen natürlichen Grundbedingungen“ und die „volkswirtschaftliche Organisation des eurasischen Raumes“ überhaupt „aus unabweisbaren Notwendigkeiten der Raumerschließung“ ableiten? Von einer systembestimmenden Rolle der Raumplanung kann doch nur die Rede sein, wenn ein stetig wirksamer rationaler Geist und Wille das Agens der Entwicklung ist. „Unabweisbare Notwendigkeiten der Raumerschließung“ ergeben sich nicht aus Raum und Großraum, sondern aus ganz bestimmten Vorstellungen von den Verhältnissen der Umwelt und Mitwelt.

Die mehr oder weniger großen Abweichungen der sozialen Struktur und Entwicklung der Sowjetwirtschaft und der Wirtschaftsordnungen der Satellitenstaaten sowie Jugoslawiens und Chinas von dem Sowjetmodell bilden jeweils den interessantesten Teil der Monographien. Die Ursachen dieser Abweichungen sind verschieden je nach der natürlichen und gesellschaftlichen Struktur. So sagt Otto Turecek im Hinblick auf die Verwirklichung des Sozialismus in der Tschechoslowakei: „Der wesentlichste Unterschied zum sowjetischen Landwirtschaftssystem besteht im Besitzverhältnis zum Boden. In der Sowjetunion wurde der Boden bald nach der Oktober-Revolution zum Eigentum des Staates erklärt, der diesen den Kollektivwirtschaften zur Nutzung übergab. In der Tschechoslowakei wurde dagegen keine ‚Nationalisierung‘ des Bodens durchgeführt, und auch die neue sozialistische Verfassung 1960 sieht sie nicht vor“ (I, S. 357). Demgegenüber ist in Mitteldeutschland, wie Karl C. Thalheim feststellt, „die Übereinstimmung mit dem sowjetischen Modell der Agrarverfassung“ größer als in Polen, geschweige denn in Jugoslawien. Die noch bestehenden Unterschiede betreffen hier vor allem die Restexistenz eines ‚privatkapitalistischen‘ Sektors (I, S. 337). Die besondere wirtschaftliche Situation Polens erklärt sich, wie Curt Poralla ausführt, aus den starken Abhängigkeiten von der UdSSR und den inneren wirtschaftspolitischen Meinungsverschiedenheiten (I, S. 265).

Das Beispiel der Rumänischen Volksrepublik mit dem hier begründeten industrie- und agrarwirtschaftlichen Kollektivsystem lehrt nach Otto R. Ließ: „Mobilisierung und kurzfristige optische Erfolge einer geplanten staatlichen Verwaltungswirtschaft sind weder gleichzusetzen mit dem organischen Wachstum und der sinnvollen Ausgliederung eines Wirtschaftskörpers noch einer anhaltenden sozialen Besserstellung“ (II, S. 184).

Die enge Bindung Bulgariens an die Sowjetunion hat, wie Raphael P. Rochlin ausführt, zu großen Mängeln und Schwächen geführt. Wirtschaft und Wirtschaftsplanung wären viel erfolgreicher gewesen, „wenn die Regierung sich in erster Linie von den vorhandenen Möglichkeiten und nationalen Lebensinteressen und nicht von einer oft-

mals blinden Nachahmung eines fremden Wirtschaftsmodells hätte leiten lassen“ (II, S. 242).

Ein besonders dankbares Studienobjekt bieten die Wirtschaftsordnung und die Wirtschaftsentwicklung der Albanischen Volksdemokratie. Man könne hier (nach Robert Schwanke) sehen, „wie sich der Versuch einer Aufrichtung der sozialistischen Wirtschaft in einem bisher wirtschaftlich fast unerschlossenen Lande auswirkt“ (II, S. 310). Die Monographien über das jugoslawische Wirtschaftssystem (Kurt Wessely) und die Wirtschaftsentwicklung der Volksrepublik China dürften den Leser besonders interessieren. In Jugoslawien wird „nicht mehr von einem Staatseigentum, sondern nur mehr vom Gesellschaftseigentum gesprochen“. Die „Arbeiterselbstverwaltung“ und die beschränkte Marktwirtschaft bilden die Hauptmerkmale dieses eigenartigen Systems. Wie in Polen, ringen auch in Jugoslawien „zwei Richtungen um die Gestaltung von Partei und Gesellschaft“: „Die starren Industrieplaner einerseits und die weltoffene Gruppe der liberalen Außenhandelsreformer.“ Über das Verhältnis von Staat und Wirtschaft sagte Tito (am 29. 11. 1960): „Der Ausgangspunkt der (neuen) Verfassung muß der Mensch sein, als Produzent und Verwalter, während der Staat selbst nur als koordinierender Faktor erscheint“ (II, S. 438/439). Es ist klar, daß Moskau infolgedessen für Belgrad weder Vorbild noch Modell sein kann.

Werner Handke zeigt in seinem Beitrag „China auf dem Wege zum Sozialismus und Kommunismus“, wie gerade in diesem Lande die kommunistische Ideologie „ihre gestaltende Kraft“ gehabt und behalten hat. Allerdings habe „der Zwang, auf wirtschaftliche Notwendigkeiten Rücksicht zu nehmen, nicht nur das Tempo der Umgestaltung gebremst, sondern auch zu offensichtlichen Wandlungen ursprünglicher Zielsetzungen geführt“ (II, S. 456). Den wiederholt auftretenden Krisen (Investitionskrisen, Verkehrskrisen, Ernährungskrisen) sei man durch Appelle an das Gemeinschaftsgefühl, aber auch durch Drohungen verschiedener Art und durch die Totalmobilisierung der Arbeitskräfte begegnet. „Das Ergebnis wird sicherlich durch die verschiedenen Mängel der Lenkungswirtschaft erheblich beeinträchtigt. Aber durch die außerordentliche Inanspruchnahme des Menschen ist es wohl doch gelungen, diese Mängel zu kompensieren, sei es durch Antrieb zur Mehrleistung oder sei es durch erzwungenen Minderverbrauch“ (II, S. 500).

Es ist traurig, daß der Rezensent den Herausgeber Georg Jahn zu dem Abschluß dieses zweibändigen Werkes nicht mehr beglückwünschen kann. Indessen hat der Verstorbene doch die Befriedigung gehabt, einen Stab qualifizierter Mitarbeiter für dieses groß angelegte Unternehmen gewonnen zu haben. Sammelwerke enthalten meistens Beiträge von unterschiedlichem Niveau. Bei der vorliegenden Veröffentlichung ist das nicht der Fall. Der Leser erhält durchweg ein anschauliches Bild und einen präzisen Begriff von den Wirtschaftssystemen marxistisch-leninistischer Ordnung und Prägung. Von einem

so umfangreichen Werk darf man wohl keine weite Verbreitung erwarten. Dennoch wäre es wünschenswert, wenn es nicht nur hauptsächlich in öffentlichen Bibliotheken seinen Platz finden, sondern auch einem weiteren politisch und wirtschaftspolitisch gebildeten Leserkreis bekannt werden würde.

Herbert Schack, Berlin

Eduard Heimann: Soziale Theorie der Wirtschaftssysteme. Veröffentlichungen der Akademie für Wirtschaft und Politik, Hamburg. Tübingen 1963. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). 341 S.

Die Bücher von Eduard Heimann haben den formalen Vorzug, lesbar und allgemein verständlich zu sein. Die Akademie für Wirtschaft und Politik Hamburg hat daher das Verdienst, auch diese Veröffentlichung einer breiteren interessierten Leserschaft zugänglich gemacht zu haben. Das englische Original des Buches ist im Herbst 1961 abgeschlossen worden. Die deutsche Übersetzung weist einige im Einvernehmen mit dem Verfasser durchgeführte Korrekturen und Ergänzungen auf.

Wie schon in seinem 1954 (in deutscher Übersetzung) erschienenen Buch „Wirtschaftssysteme und Gesellschaftssysteme“ kreisen die Gedanken des Verfassers auch in dem vorliegenden Werk um die Problematik von Gesellschaftsordnung und Wirtschaftssystem, nun aber unter besonderer Bezugnahme auf Kapitalismus und Kommunismus. Der Ausgangspunkt der sehr interessanten und aufschlußreichen Untersuchung ist die Kontrastierung von Wirtschaftssystem und Gesellschaftssystem. Ein ökonomisches System, meint der Verfasser, sei „eine besondere Form historischer Bewegung“. Ökonomische Systeme gäbe es nur im historischen und geographischen Rahmen der modernen Gesellschaft. „Positiv gesprochen ist ein Wirtschaftssystem eine Struktur, in der ökonomische Mächte und Zwecke von solcher gesellschaftlichen Führung emanzipiert und auf sich selbst gestellt sind und ihre eigenen Institutionen aufbauen“ (S. 2). Ein Wirtschaftssystem könne nur auf dem Hintergrund seines Gegenteils, aus dem es hervorgeht, verstanden werden. Das Gegenteil ist eine Ordnung, in der die wirtschaftlichen Tätigkeiten in die gesellschaftlichen Institutionen eingebettet und von ihnen beherrscht sind. „Wenn wir diese Anordnung ‚voll-gerundetes Gesellschaftssystem‘ nennen (englisch: integrated social system), so haben wir den Vorteil einer scharfen Zweiteilung: ein voll-gerundetes Gesellschaftssystem ist einfach das logische Gegenteil eines Wirtschaftssystems und historisch dasjenige, das einem Wirtschaftssystem in der Organisation der wirtschaftlichen Tätigkeiten vorhergeht“ (S. 3).

Besteht hier wirklich eine scharfe Zweiteilung? Es erscheint nicht logisch, ein „System der Unterhaltsfürsorge“, der Leistungswirtschaft und „der ökonomischen Expansion“ als ein Wirtschaftssystem (in verschiedenen Formen) zu bezeichnen und eine Ordnung natürlicher und kultureller Tätigkeit, wobei die ökonomischen Zwecke mit nicht-ökonomischen kombiniert werden, als ein „Gesellschaftssystem“ zu

definieren. Wäre es nicht richtiger gewesen, den vom Autor in seinem Buch „Wirtschaftssysteme und Gesellschaftssysteme“ (1954) verwendeten Ausdruck „Rationalsystem“ beizuhalten? Denn dies ist ja das Merkmal eines Rationalsystems: Ein System, „das den größten Teil seines Überschusses in die Produktion zurückleitet, oder in dem wirtschaftliche Tätigkeiten und Kräfte von nicht-ökonomischen Kontrollen befreit und auf sich selber gestellt sind“. „Unser Merkmal für ein Wirtschaftssystem ist Expansion“ (S. 44).

Wir pflichten allem bei, was über das Wirtschaftssystem, eben als Rationalsystem verstanden, gesagt wird, jedoch nicht der grundsätzlichen Bemerkung, daß eine andersartige Wirtschaftsordnung als „voll-gerundetes Gesellschaftssystem“ bezeichnet und dargestellt wird. Wirtschaft und Gesellschaft sind keine einander ausschließenden, konträren Gegensätze. Heimann hat sich von der nicht gerade klaren Begriffsbildung von Talcott Parsons („The Social System“, 1951) zu sehr beeinflussen lassen. Nach Parsons sollten wir „das Ganze des menschlichen Lebens“ „als zusammengesetzt aus drei ineinander verschrankten und aufeinander wirkenden Systemen“ sehen: „Person. Gesellschaft und Kultur.“ Person und Gesellschaft sind jedoch Träger der Kultur, so auch der Wirtschaft, und nicht Systeme, wie es die verschiedenen Objektivierungen des Geistes sein können. Wäre überdies eine Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, in der die „Überschüsse“ vornehmlich nicht für Stahl und Eisen, sondern für Dienste aller Art, auch Werke der Kunst und Wissenschaft, verwendet werden, ein „Gesellschaftssystem“, dem der Charakter des Ökonomischen fehlen würde?

Abgesehen von der Terminologie sind wir mit dem Verfasser in allen wesentlichen Fragen der Sozialökonomie einig. Es ist richtig, daß das (rationale) Wirtschaftssystem durch die ihm eigenen sozial-ökonomischen Konflikte zur Expansion getrieben wird. Die Geschichte dieses inneren Widerstreites und der Mittel zu seiner Überbrückung bilden den Hauptteil der Darstellung. „Das Ziel, auf das die Expansion sich richtet, ist der Sieg über Hunger und Krankheit. Logischerweise ist das Ziel gleichzeitig das Ende“ (S. 47). Denn was sollte weiter geschehen? Sollte die Expansion schließlich gar Selbstzweck werden? So aber verhält es sich wirklich mit der kapitalistischen Marktwirtschaft. Dieser „Maximal-Kapitalismus“ ist freilich (nach Meinung des Verfassers) notwendig gewesen, um durch ein Höchstmaß der materiellen Erträge die Knappheit an Nahrungsmitteln und sonstigen Gütern wirksam bekämpfen zu können. Allerdings mit den entsprechenden Kosten und Opfern für die Allgemeinheit. „Die industrielle Revolution bricht als eine zerstörende Gewalt in die Gesellschaft ein. Sie entwertet die erworbenen Fertigkeiten der Menschen, reißt sie aus ihrem Heim in einen neuen, für die neue Technik günstigeren Standort und durchkreuzt die Lebenspläne. Und das geht so jeden Tag ohne Aufhören, da die Wissenschaft immer neue Wege der Produktion und der Zerstörung entdeckt.“ Langfristig betrachtet

bringt diese dynamische Entwicklung einen Gewinn für die Verbraucher. „Der Mensch gewinnt als Verbraucher, was er als Produzent verliert; er gewinnt an materieller Wohlfahrt, was er an Stetigkeit des Lebens und psychischer Befriedigung verliert“ (S. 55).

Ein System der Profitmaximierung kann aus den schon von Karl Marx aufgezeichneten Ursachen keine Dauer haben. Je weiter die Industrialisierung fortschreitet und je größer die Arbeitsproduktivität wird, um so mehr muß das System auf Expansion, auf Marktweiterung drängen. „Da die Produktion nun aber den Bedürfnissen vorauseilt, wird es immer schwerer, Ventile für die wachsende Kaufkraft zu finden, und Bedürfnisse müssen zuerst eingeflüstert, dann aufgepeitscht und schließlich erfunden und mit der Anziehungskraft von sozialem Prestige und ‚Snobbishness‘ ausgestattet werden, damit die Produktion weitergehen kann, da sie ja nun einmal expandieren muß“ (S. 319).

Der Ausweg aus diesem Expansionszwang? Es braucht keinen gewaltsamen Umbruch zu geben. Die kapitalistische Marktwirtschaft hat sich unter dem Druck der inneren und äußeren Verhältnisse bereits so sehr gewandelt, daß man fragen darf, „ob das neue System noch Kapitalismus ist“ (S. 201). Kollektive Mächte, wie Staat, Gewerkschaften, Verbände und Vereinigungen aller Art haben mehr und mehr zu einer Begrenzung des klassischen Laissez-Faire-Prinzips geführt und die Grundlagen für eine gelenkte Marktwirtschaft geschaffen. Der verantwortlich denkende Mensch, die verantwortungsbewußte Regierung wird vor neue und große Aufgaben gestellt. Das Wirtschaftssystem (im Sinne von Heimann), d. h. die kapitalistische Marktwirtschaft, hat einem Teil der Menschheit einen ungeahnten Güterreichtum beschert. Doch nun zeigt der Produktions-Apparat allenthalben eine Überkapazität. „Dieses Problem kann nicht mit den alten Mitteln weiterer Expansion und Intensivierung gelöst werden“ (S. 331). Wir müssen den „Ausweg aus der steigenden Güterorgie und geistötenden kommerziellen und politischen Propaganda“ (S. 330) finden. „Der Mensch opferte seine Freiheit als Produzent und erwarb dafür seine Freiheit als Konsument; es schien ein sehr guter Tausch zu sein. Aber nun wird auch der Mensch als Verbraucher ein Zubehör des rein technischen Apparats sich erweiternder kommerzieller Produktion, der seinerseits keinen Zweck außerhalb seiner selbst, seiner eigenen Expansion mehr kennt“ (S. 327).

Aus dieser Zwangslage gibt es nur eine Lösung und Erlösung: Die Wendung von der kommerziellen zur kulturellen Produktion! Ohne die materiellen Früchte des Leistungsprinzips preiszugeben, muß sich eine „kulturell und sozial verantwortliche Gesellschaft“ (S. 328) des bisherigen Mangels an Kultur und der „Dehumanisierung der Arbeit“, ihrer Lebensorfremdung, ihrer Unterwerfung unter Naturwissenschaft und Technik, wie sie Kapitalismus und Kommunismus gleicherweise eigen sind, mehr und mehr bewußt werden und daraus die notwendigen Maßnahmen für die wirtschaftlichen Reformen her-

leiten. „Die westliche Menschheit hat sich im zweiten Jahrtausend zu immer neuen Reformen immer von neuem fähig erwiesen; das gibt uns Trost und Hoffnung für die Zukunft“ (S. 330).

Die abschließenden Überlegungen bringen die dialektische Gedankenentwicklung des Autors klar zum Ausdruck. Die moderne industriewirtschaftliche Entwicklung ging von einem „voll-gerundeten Gesellschaftssystem“ aus. Nach dem fruchtbaren dialektischen Umweg über das „Wirtschaftssystem“ „sind wir nun auf dem Wege zu einem neuen ‚gerundeten Gesellschaftssystem‘, einer neuen kulturellen Wirtschaft (falls nicht die internationale Lage die Logik dieser Entwicklung stört)“ (S. 323). Ein im ganzen geistvolles, anregend geschriebenes Werk! Wer dem Verfasser auf seinen Wegen und auch Nebenwegen zu folgen weiß, wird das Buch befriedigt und nachdenklich aus der Hand legen.

Herbert Schack, Berlin

Günter Schmölders: Geschichte der Volkswirtschaftslehre. Erschienen in: Die Wirtschaftswissenschaften. Herausgeber: Professor Dr. Dr. h. c. E. Gutenberg, Köln. 30. Lieferung, Reihe B (Volkswirtschaftslehre) / Beitrag Nr. 3. Wiesbaden 1961. Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr. Th. Gabler. 148 S.

Günter Schmölders: Geschichte der Volkswirtschaftslehre. Überblick und Leseproben. Rowohlt Taschenbuch Verlag GmbH. Reinbek bei Hamburg, 1962. 360 S.

Es ist keine leichte Aufgabe, auf rund 130 Seiten — hier ist zunächst die Rede von der erstgenannten Schrift — einen für Studierende brauchbaren Überblick über die Geschichte der Volkswirtschaftslehre zu geben. Schmölders war bestrebt, den konzentrierten Stoff verständlich und in gefälliger Form darzubieten. Zwar verlangt die gedrängte Darstellung vom Leser große Konzentration und Aufmerksamkeit, aber er kann, wenn er es versteht, auch die Fußnoten und Schrifttumshinweise in seine Lektüre einzubeziehen, sich „trotz der Kürze des Textes hinreichend informieren“ (S. 5). Erfreulich sind in der erstgenannten Schrift die umfangreichen, auch neueste Veröffentlichungen berücksichtigenden Literaturangaben, die vor allem zum Schluß eines jeden Kapitels gebracht werden. Sie sind angesichts der von Schmölders verwendeten „biographischen Methode“ als Ergänzung zum Text notwendig, denn „sie bieten die Namen und Schriften derer, die bei der gewählten biographischen Methode zwangsläufig zu kurz kommen mußten“ (S. 11). Daneben werden auch Werke genannt, die über die behandelten Autoren geschrieben wurden. Hier vermißt man gelegentlich die eine oder andere Schrift, so z. B. beim Merkantilismus das Buch von *Hassinger*, bei *List* das von *Gehrig*, bei *Pareto* das von *Eisermann*.

Es ist ein ungewöhnlicher Weg, den Schmölders beschreitet. Für ihn ist die Geschichte der Volkswirtschaftslehre die Geschichte der Männer, „die zur Erkenntnis volkswirtschaftlicher Probleme aus Eigenem entscheidend beigetragen haben“ (S. 9). Hebt man die bedeutenden

Persönlichkeiten, „die das Gesamtbild der Volkswirtschaft jeweils aus ihren besonderen Blickwinkeln gesehen und nachgezeichnet haben“ (S. 9), heraus, so lassen sich alle ihre Vorläufer, Fortsetzer und Nachbeter zwanglos in diese Ahnenreihe einordnen. Nach zwei kurzen Kapiteln („Einleitung“ und „Einige Vorläufer“) werden entsprechend der biographischen Methode in 15 Kapiteln behandelt: *Justi, Quesnay, Smith, Thünen, List, Marx, Wagner, Schmoller, Menger, Pareto, Marshall, Wicksell, Veblen, Keynes und Schumpeter*. In dem letzten Kapitel wird dann noch kurz auf die heutigen Forschungsrichtungen eingegangen. Also 15 führende Geister repräsentieren nach Schmölders gewissermaßen die Geschichte der Volkswirtschaftslehre. Allerdings gruppieren sich um den jeweils hervorgehobenen markanten Repräsentanten weitere Vertreter der betreffenden Richtung. Die einzelnen Kapitel sind unterschiedlich gelungen. Gut ist m. E. beispielsweise das Kapitel über die historische Schule, recht dürfsig erscheint mir dagegen das Kapitel über *Smith*. Wenn in diesem Kapitel der klassische Liberalismus behandelt wird, dann erwartet man doch auch eine, sei es auch nur kurze, zusammenfassende Darstellung der Lehren von *Malthus* und *Ricardo*. Es geht nicht an, an verschiedenen Stellen auf *Malthus* nur hinzuweisen. Auch eine geschlossene Darstellung der Lehren *Ricardos* fehlt. Wenn er auch in seiner Methode und in seiner Grundrentenlehre in erheblichem Umfange mit *Thünen* übereinstimmt, so sollte er doch im Zusammenhang mit *Smith* und nicht mit *Thünen* zur Darstellung kommen. Das ist überhaupt der Nachteil der von Schmölders angewandten Methode, daß die Leistungen mancher Vertreter unserer Wissenschaft nicht richtig gewürdigt bzw. überhaupt nicht genannt werden (z. B. *Senior, Carey* und *Bastiat*). Auch das Kapitel über *Marx* wirkt, obgleich es etwas umfangreicher als die anderen ist, doch reichlich knapp und daher nicht ganz befriedigend. Die Überschrift „Wissenschaftlicher Sozialismus“ trifft nicht voll zu, denn auf den ersten Seiten wird auf den utopischen Sozialismus eingegangen.

Auf einige Mißverständnisse und Ungenauigkeiten sei noch hingewiesen. Wie ist es möglich, daß *Kraus*, der übrigens nicht im Namensregister aufgeführt ist, „ganze Generationen von künftigen Beamten in der neuen Lehre unterwies“ (S. 35)? Die junge Generation seiner Zeit und auch noch die folgende gewiß, aber „ganze Generationen“? Ist es nicht ein Widerspruch, zu den experimentellen „Frühsozialisten“ den „Anarchisten“ *Proudhon* zu rechnen (S. 55)? *Lassalle* fiel nicht im Duell mit dem „Ehemann“ von *Helene von Dönniges* (S. 61). Die Schrift von *Lenin* „Karl Marx, eine Einführung in den Marxismus“ ist doch nicht, wie es S. 64 heißt, 1950 erschienen! Man kann *Condillac* (1680—1734) wohl kaum als Zeitgenossen von *Adam Smith* bezeichnen (S. 100). *Turgot* war nicht von 1776 bis 1786 (S. 28) Finanzminister, sondern nur von 1774 bis 1776; er starb bereits 1781. Zwar war *Gresham* Zeitgenosse der Königin Elisabeth, wie S. 100 richtig gesagt wird, aber er lebte nicht von 1709 bis 1779, sondern von 1519

bis 1579. Der Band des HdSw, in dem sich der Artikel über *Ricardo* befindet, erschien nicht 1953, sondern 1956 (S. 36). Der Artikel über *Pareto* befindet sich nicht im VIII., sondern im VI. Band der 4. Aufl. des HdW.d.Stw. (S. 92).

Es handelt sich um eine anregende Schrift, die ich allerdings nicht jüngeren, sondern nur älteren Studierenden empfehlen möchte. Sie liest sich nicht ganz leicht, und zwar nicht nur wegen der konzentrierten Darstellung, sondern auch wegen der oft sehr langen Sätze.

Ein Jahr nach dem Erscheinen der erstgenannten Schrift wurde das Werk auch in „rowohls deutscher enzyklopädie“ herausgebracht. Nach Schmölders handelt es sich um eine gekürzte, aber um ausführliche Leseproben erweiterte Neuausgabe. Zu jedem Kapitel werden Lese- proben gebracht, beginnend mit *Hesiod* und endend mit *Schumpeter*. Man kann über die Zweckmäßigkeit der ausgewählten Stellen bei den einzelnen Autoren verschiedener Meinung sein, im ganzen ist aber die getroffene Auswahl doch recht geschickt. Der Text weist kaum Kürzungen auf, dagegen fehlen die Literaturangaben am Ende eines jeden Kapitels, die ich im Hinblick auf die erste Ausgabe nicht nur als erfreulich, sondern geradezu als notwendig bezeichnet habe. Das alphabetische Literaturverzeichnis von S. 346 bis S. 350 kann nicht als Ersatz gelten. Vorwort und Einleitung hat Schmölders auch nicht in die rororo-Ausgabe übernommen, dafür aber das hier Gesagte weitgehend im „Enzyklopädischen Stichwort“ von S. 340 bis S. 343 gebracht. Die von mir oben erwähnten Mißverständnisse und Ungenauigkeiten sind zum Teil beseitigt (*Kraus*; *Cantillon*; *Gresham*). Im übrigen treffen naturgemäß die abschließenden Sätze für die erste Ausgabe auch für die rororo-Ausgabe zu. Bruno Schultz, Berlin

Robert H. Schmidt: Saarpolitik 1945—1957. (Veröffentlichung des Instituts für Wissenschaftliche Politik der Technischen Hochschule Darmstadt.) I. Band: Politische Struktur, 652 S., Berlin 1959; II. Band: Entfaltung der Saarpolitik zwischen „Wirtschaftsanschluß“ und „Europäisierung“ (1945—1953), 784 S., Berlin 1960; III. Band: Entfaltung der Saarpolitik vom Scheitern der EVG bis zur Wiedervereinigung (1954—1957), 899 S., Berlin 1962. Verlag Duncker & Humblot.

Die umfassende Arbeit von Robert Schmidt, die uns einen bis in die Verästelungen reichenden Einblick in die sachlichen, rechtlichen, politischen und persönlichen Gegebenheiten eines „Kampfes um Europa“ ermöglicht, ist das Nachschlagewerk der Saarpolitik und wird es voraussichtlich — da bekanntermaßen in der Forderung nach Öffnung der Archive die Dringlichkeit der Langwierigkeit indirekt proportional ist — noch längere Zeit bleiben.

Das zentrale Anliegen des Verf. besteht, wie er im Vorwort ausführt, darin, am Beispiel der Saar zu zeigen, wie sich Politik „wirklich abspielt“, und zwar vom Standpunkt der Politologie aus. In unserer geschichtssoziologischen Sicht, die mit vollem Bedacht als Kon-

trast herausgestellt wird, erscheint die Politik, nomothetisch verstanden, als die Geschichte in Aktion, die sich auf diese Weise als fortwährende Politik darstellt. Demzufolge behaupten wir, unerachtet des Werturteils, defizient zu sein (a.a.O., S. 4), daß es, auch im Zusammenhang mit dem Saarproblem, Lehren der Geschichte geben muß und daß sie wissenschaftlich erkennbar sind.

Prinzipialiter kommt uns der Verf. dadurch entgegen, daß er den Satz „Männer machen Geschichte“ als allein entscheidenden Faktor in Abrede stellt, wobei er sich ausdrücklich auf die großen Leistungen und Erkenntnisse der deutschen Geschichtssoziologie bezieht (III., S. 660). Doch gehen wir darin noch einen Schritt weiter. Denn dieser Haupt- und Grundsatz der idiographischen Geschichtsschreibung erscheint uns umkehrbar. Und in dieser Gestalt, „Geschichte macht Männer“, gewinnt er sogar noch (wie ich in meinen Schriften nachzuweisen versucht habe), an Richtigkeit. Es gibt unzählige Beispiele dafür, daß aus einer bestimmten (welt-)politischen Situation — vielleicht kann man sogar regelmäßig sagen — bestimmte Typen von Politikern hervorgehen, während die anderen, die „Unzeitgemäßen“, oft sind es zugleich die Gemäßigten, als unbrauchbar beiseite treten müssen (wenn sie nicht, wie heute in der Sowjetzone, als „Kollaborateure“ Verwendung finden). Ob es sich dabei immer um echte Führer handelt, ist allerdings eine andere Frage, und insofern behält das Theorem in seiner alten Form doch noch Gültigkeit.

Übertragen wir diese Erfahrungen auf das eigentliche Thema, auf die Saar, so wird man feststellen können, daß der Repräsentant der französischen (zweiten) Nachkriegspolitik nur einen ganz bestimmten Namen und keinen anderen (vgl. III., S. 661) tragen konnte. Da Druck aber, wie man seit langem weiß, Gegendruck erzeugt, mußte dadurch früher oder später das Nationalbewußtsein auch auf unserer Seite zu neuem Leben erweckt werden. Spätestens in dem Augenblick, wo sich herausstellte, daß ein (nach unserer Auffassung zu enges) föderatives Panneuropa, für das die Saar als „eingebrachtes Gut“ ein Stimulus sein sollte, in der gedachten institutionellen Form nicht zu verwirklichen war. Mag man die letzte Ursache hierfür mit F. Th. Vischer einfach in der „Tücke des Objekts“ suchen oder mit Hegel in der „List der Vernunft“, im Wirken eines Weltgeistes finden, Tatsache ist, daß nur auf den Fundamenten der in ansteigender Linie zusammengewachsenen politischen Ganzheiten, auf der Basis der heutigen Nationen, eine einheitliche Weltordnung als letzter Stufenbau errichtet werden kann. So betrachtet, befand sich die deutsche Reaktion auf jene Vorgänge durchaus in Einklang mit der Geschichte, war also nur ein scheinbarer Rückschritt. Allerdings schlug nach unserem Empfinden das Pendel, wie es so zu sein pflegt, zeitweilig bedenklich weit aus, wobei sich die Extreme berührten, was vor allem in dem „nationalen und sozialen Forderungsprogramm“ der Partei der äußersten Linken mit ihrer Glorifikation des Sieges über den Separatismus, eine noch immer hochaktuelle Frage, zum Ausdruck kam.

In ähnlicher Weise prägte sich diese zur Reaktion im ungünstigen Wortsinne gewordene Tendenz in dem außenpolitischen Programm einer Partei aus, in dessen Mittelpunkt das sogenannte deutsche Ceterum censeo, eine Wiedervereinigung Deutschlands zu einem außerordentlich zweifelhaften „Preis“ stand. Da diese Gedanken, von der Schwesterpartei der Bundesrepublik übernommen, noch heute fortwirken, sei hier mit allem Nachdruck festgestellt, daß es nur eine einzige Möglichkeit — also keine wahre Alternative — zur Erreichung dieses Ziels gibt, und das ist der Umweg über den Atlantik. Über den kurzen Weg, durch den mit historischen Reminiszenzen und Ressentiments geladenen „Draht nach Rußland“, gelangten wir zweifelsohne auch zur Einheit — und u. U. sogar sehr rasch — jedoch niemals zu der Freiheit, die wir meinen.

Das heißt aber, daß die politischen Ereignisse an der Saar — der in dieser Verbindung wichtige, vom Verf. (II., S. 551 f.) eigentlich gedeutete Begriff der Souveränität kann hier nicht erörtert werden — in keiner Weise präjudizial für das Gesamtschicksal Deutschlands sind. Was die erreichte „kleine Wiedervereinigung“ von der noch ausstehenden großen grundlegend unterscheidet, ist der Umstand, daß wir es im Westen mit einem Rechtsstaat, mit Frankreich, zu tun hatten bzw. zu tun haben (obgleich vermerkt werden muß, daß die V. Republik, in der Frage der Oder-Neiße-Linie nicht die gleiche rechtliche Konsequenz zeigt). Diesem Faktor hauptsächlich sowie der Hilfe der anderen heutigen Verbündeten haben wir es zu danken — und damit reduziert sich das nach unserer Auffassung etwas zu günstige Urteil des Verf. über einige Parteiführer namentlich auf der Rechten (sowie deren Anklagen gegen die Politik der Bundesregierung) auf ein vertretbares Mittelmaß —, daß unsere berechtigten nationalen Belange schließlich Berücksichtigung fanden und finden mußten. Im Gegensatz zu alldem sehen wir uns im Osten einem System, einer Front gegenüber, die allein schon dadurch hinreichend gekennzeichnet ist, daß, während die erste Abtrennung der Saar nach 15 Jahren, die zweite bereits nach 12 Jahren behoben wurde, heute, nach beinahe 20 Jahren Kalten Krieges (der streckenweise schon in den Schießkrieg übergegangen ist), niemand zu sagen weiß, wann die verhängnisvolle Spaltung Deutschlands überwunden werden kann. Hier liegt offensichtlich — wie ließe sich in Freiheit, etwa in Saarbrücken, eine leibhaftige Mauer auch nur vorstellen? — eine ganz andere Situation vor. Deshalb muß dieses weltpolitische Kardinalproblem mit anderen, härteren Mitteln angepackt werden.

Julius Gumpert, Berlin

Claus Köhler: Der Geldkreislauf. Geldtheoretische Thesen im Spiegel der Empirie. (Volkswirtschaftliche Schriften, hrsg. v. J. Broermann, Heft 63.) Berlin 1962. Duncker & Humblot. 229 S.

Der Untertitel, so gefällig er sich dem Haupttitel anschmiegt, ist doch damit nicht vereinbar und auch in sich nicht verständlich. Der Geldkreislauf ist eine durch äußerste Abstraktion gewonnene Denk-

figur; sie kann sich mit der einen oder anderen geldtheoretischen These decken oder auch nicht. Geldtheoretische Thesen ihrerseits kann man aufstellen und vertreten, aber der Leser möchte doch wenigstens wissen, von wem sie stammen, wie sie lauten und wo sie stehen, und wenn das geklärt ist, wird man bezweifeln dürfen, ob solche Thesen überhaupt „im Spiegel der Empirie“ sichtbar gemacht werden können, und wenn, ob ein klares Spiegelbild sie bestätigt, ein trübes sie widerlegt oder das Ausbleiben einer Abspiegelung an sich schon ein Einwand gegen die These sein kann.

Geht man mit soviel kritischem Verstand erst an das Thema und dann an die Lektüre, so wird sie einem durch den Verf. dank seiner wenig disziplinierten Ausdrucksweise nicht gerade leicht gemacht. Er spricht von Geldströmen und meint damit Bestandsziffern der Zentralbank und der Geschäftsbanken. Er verwendet einen bisher völlig unbekannten Liquiditätsbegriff und versteht darunter „die absolute (!) Differenz zwischen monetären Guthaben, d. h. den entsprechenden Geldströmen, die solche Guthaben begründen, und den monetären Schulden bzw. den Geldströmen, die zu diesen Schulden führen“ (S. 55/56). Merkwürdig, daß eine derart wichtige und für die ganze Thematik und Methodik der vorliegenden Arbeit entscheidende Definition in einer Fußnote in Kleindruck steht, wie ein Veilchen, das im Verborgenen blüht. S. 72 in einem folgenden Hauptabschnitt wird eine anderslautende, inhaltlich übereinstimmende Definition der Liquiditätssalden gegeben, die der Verf. mit Hilfe der empirischen Zahlen in Tabelle 4 (S. 69) untersucht. Diese Tabelle greift, was durch Hinweise zwar klargestellt, aber für den Leser höchst mühsam heranzuziehen ist, auf Tabelle 2 (S. 35) und auf Tabelle 3 (S. 50/51) zurück. In Tabelle 2 „Die Geldversorgung durch die Deutsche Bundesbank“ sind für die Jahre 1949—1960 fünf Einzelpositionen für die Veränderung der Aktiva der Deutschen Bundesbank aufgeführt, nämlich Auslandsaktiva, Mittelbereitstellung an die öffentliche Hand, darunter Kredite, Münzgutschriften, Ausgleichsforderungen, Direktkredite an die Wirtschaft, Offenmarktoperationen, darunter langfristige Wertpapiere, Schatzwechsel u. ä., Ausgleichsforderungen (Mobilisierungspapiere) und Refinanzierung, darunter Inlandswechsel, Lombardkredite, angekaufte Ausgleichsforderungen. Aus diesen fünf Positionen ergibt sich in Tabelle 2 das Geschäftsvolumen und seine Veränderung von Jahr zu Jahr; sie beträgt im Minimum des Jahres 1957 + 1,12 Mrd. DM, im Maximum (1960) + 6,78 Mrd. DM. Das Geschäftsvolumen ergibt die gleiche Summe in der Tabelle, wenn man die Einlagen und den Zahlungsmittelumlauf addiert und „sonstige Positionen (netto)“ hinzurechnet. Die Einlagen umfassen solche der öffentlichen Hand, der Wirtschaft und der Kreditinstitute, der Zahlungsmittelumlauf umfaßt den bei Nichtbanken und den bei Banken.

Hingegen enthält die Tabelle 3 die Darstellung der „Geldversorgung durch Kreditinstitute“ unter Gegenüberstellung des in der Endsumme wiederum übereinstimmenden Geschäftsvolumens, wobei die

Aktivseite des Geschäftsvolumens enthält: Barmittel, Ausleihungen am Geldmarkt, Mittelbereitstellung für die Wirtschaft, darunter Kredite, Wertpapiere, Beteiligungen, Mittelbereitstellung für die öffentliche Hand, darunter Kredite und Wertpapiere, Ausgleichsforderungen, Deckungsforderungen, Mittelbereitstellung an das Ausland, darunter Geldexporte der Kreditinstitute und sonstige, während die Passivgeschäfte zunächst drei Gruppen des Mittelaufkommens umfassen, nämlich Mittelaufkommen der Wirtschaft, der öffentlichen Hand und Mittelaufkommen aus dem Geldmarkt, jeweils nach Einlagen, aufgenommenen Geldern u. a. unterschieden. Dazu kommt die Position „Refinanzierung bei der Bundesbank“ und „Sonstige Positionen (netto)“. Hier wäre zu klären gewesen, ob es sich um echte Positionen und dann welcher Zusammensetzung handelt, oder ob damit lediglich die Passivseite mit der Aktivseite der Positionen der Geschäftsbankbilanzen in Übereinstimmung gebracht werden sollte.

Entscheidender aber als solche Detailfragen ist die Grundfrage, wie aus den hier gekennzeichneten Bestandsziffern, die u. a. Wertpapiere und Beteiligungen, nicht nur Aktivkredite und Einlagen, enthalten, die Liquiditätssalden (!) hergeleitet werden, anders gesagt, wie aus solchen Bestandsziffern Geldströme (!) bzw. die Differenzen zwischen solchen gewonnen werden, so wie der Verf. in seiner oben zitierten Definition (S. 55/56) und der nochmaligen Umschreibung der Liquiditätssalden (S. 72) dies formuliert.

In den Ausführungen selbst ist eine Überfülle an Zitaten, mitunter ein Dutzend zu einem einzigen Stichwort, geboten, die nicht immer förderlich ist und keine wesentlichen Aufschlüsse enthält. Selbst elementarste Sachverhalte und seit Jahrzehnten unbestrittene wissenschaftliche Ansichten sind mit den Namen amerikanischer Autoren wie *Samuelson*, *Jome* belegt. Der Versuch einer quantitativen Analyse ist einer kritischen Prüfung wert und einer Bereinigung von den noch anhaftenden theoretischen Mängeln und formalen Unklarheiten. Es finden sich in der Arbeit beachtliche Ansätze zu einer qualitativen Analyse, die aber unter der obwaltenden Unklarheit in der Verwendung der Begriffe Geld und Kredit, Geldschöpfung und Kreditschöpfung und vor allem der methodologischen Unklarheit in der Ableitung des Begriffs der Liquidität und der Liquiditätssalden leiden. Das Schema S. 149 will den Kreislauf der Geldversorgung veranschaulichen, indem es den Nichtbankenkreislauf zwischen Nichtbanken und Kreditinstituten und den Bankenkreislauf zwischen Kreditinstituten und der Notenbank zeigt. Hier liegt nach meiner Ansicht ein entscheidender Fehler, nämlich in der Außerachtlassung der darunterliegenden Stufe des Geldkreislaufs innerhalb der Nichtbanken mit dem hier schon erfolgenden Liquiditätsausgleich. Nicht verständlich ist die in der Einleitung getroffene Feststellung: „Das Manuskript dieser Arbeit wurde bereits 1956 geschrieben.“ Ich habe keine Formulierung finden können, die einen geistigen Prioritätsanspruch begründen könnte.

Hanns Linhardt, Nürnberg

Gerhard Gehrig: Eine ökonomische Analyse des Konsums von 1925 bis 1938 und 1950 bis 1957. (Schriftenreihe des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, Nr. 52.) Berlin/München 1962. Duncker & Humblot. 104 S.

Langelütke, der Vorsitzende des Vorstandes des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung in München, stellt im Vorwort (S. 5) fest: „Das Ifo-Institut . . . hat 1957 begonnen, ein Forschungsvorhaben zu verwirklichen, dessen Ziel die langfristige Projektion bestimmter makroökonomischer Variablen ist, wie z. B. das Bruttonsozialprodukt und der private Konsum. Die einzelnen Projektionen sollen hierbei mit Hilfe eines ökonometrisch ermittelten Makromodells vorgenommen werden, das den Wirtschaftskreislauf der Bundesrepublik beschreibt.“ Im vorliegenden Fall handelt es sich darum, die Konsumentwicklung in den genannten Jahren so zu schildern, daß die Studie „nicht nur dem Spezialisten interessante Ergebnisse bietet, sondern auch dem Studierenden hilft, am Beispiel einer Konsumanalyse in die Geheimnisse der Ökonomie einzudringen“ (S. 6). Bei den einzelnen Problemen der Schrift geht es vor allem um die Frage, welches die Bestimmungsfaktoren des Konsums in Deutschland bzw. in der Bundesrepublik in den genannten Zeitabschnitten sind und wie groß ihr Einfluß auf den Konsum ist. Bei diesem Konsum wird ausdrücklich der „Staatskonsum“ von der Analyse ausgeschlossen, außerdem bei den Gebrauchsgütern nicht die periodische Abnutzung in Ansatz gebracht, sondern der gesamte Anschaffungswert (vgl. S. 13). Der Analyse liegt der jeweilige Gebietsstand zugrunde, wobei Westberlin nicht zum Bundesgebiet gerechnet wird. Zur Lösung der hier angeschnittenen Probleme wird keine „Querschnittsanalyse“, die hauptsächlich zur Erforschung kurzfristig konstanter Zusammenhänge dient, sondern ausschließlich eine Zeitreihenanalyse benutzt, deren Ziel ja die Ermittlung einer Funktion ist, die sich zur langfristigen Projektion des Konsums eignet. Nach diesen Feststellungen geht der Verf. zu den „Konsumfunktionen in der Literatur“ über, die er beginnend mit R. und W. Stone im einzelnen schildert, wobei er dann (S. 28) zu dem Ergebnis gelangt, daß es unmöglich ist, „die in der Problemstellung aufgeworfenen Fragen mit Hilfe der bisher veröffentlichten Arbeiten über deutsche Konsumfunktionen zu beantworten“, so daß es also neuer Wege hierfür bedarf.

Die vorliegende Untersuchung benutzt für die Konsumanalyse aus dem Material des Statistischen Reichsamtes bzw. Bundesamtes oder auch aus eigenem Material des Ifo-Instituts die Jahresdaten des privaten Verbrauchs, des verfügbaren Einkommens, des Preisindexes der Lebenshaltung und der Bevölkerung; besonders wichtig waren auch Angaben der Umsatzsteuerstatistik, wobei Inter- und Extrapolationen vorgenommen werden mußten. Auf die Vergleichsschwierigkeiten zwischen der ersten und der zweiten Periode wird noch besonders hingewiesen. Eingehend wird im Abschnitt V die Methode der Konsumanalyse geschildert (S. 32 ff.); die Berechnung der einzelnen Konsum-

funktionen wurde mit Hilfe der Methode der kleinsten Quadrate vorgenommen (S. 35), woran sich eine Prüfung anschloß, mit deren Hilfe festgestellt wurde, „ob die Resultate ökonomisch sinnvoll sind, die Erfordernisse der Methode der kleinsten Quadrate erfüllen und statistische Signifikanz besitzen“ (S. 39). Die Ergebnisse erschienen in „Streuungsdiagrammen“ für die Variablen Konsum und Einkommen, aus denen hervorgeht, daß „zwischen Konsum und Einkommen eine enge lineare Beziehung besteht“ (S. 46). Allerdings ist dabei die Anpassung der Vorkriegswerte an eine hypothetische Gerade schlechter als bei den Nachkriegswerten, was die Vermutung nahelegt, „daß eine Konsumfunktion für die Vorkriegszeit im Gegensatz zu einer solchen Funktion für die Nachkriegszeit außer dem Einkommen noch andere Bestimmungsfaktoren enthalten kann“ (*ibid.*) In diesem Zusammenhang wird noch auf die Einwirkungen der Inflation (bis 1923) auf das Verhalten der Haushalte hingewiesen. In den beigefügten Tabellen sind nicht nur die Regressionsergebnisse für die Konsum-Einkommens-Funktionen enthalten, sondern auch für die Funktionen, die außerdem noch einen weiteren Bestimmungsfaktor zum Inhalt haben. In dem Kapitel „Diskussion der besten Funktionen“ (S. 55 ff.) wird festgestellt, daß durch zwei ausgewählte Funktionen der tatsächliche Konsum im Zeitablauf theoretisch gut erklärt werden konnte. Das Ergebnis der Konsumanalyse ist dann folgendes: „Als signifikanter Bestimmungsfaktor des privaten Konsums in Deutschland, der einheitlich von 1925 bis 1938 und von 1950 bis 1957 Gültigkeit besitzt, wurde das verfügbare Einkommen ermittelt, wobei es nahezu unerheblich ist, ob Einkommen und Konsum pro Kopf oder nominal gemessen werden“ (S. 59). Für die Nachkriegszeit (1950—1957) ergibt die Analyse sogar, „daß das Einkommen eindeutig der einzige Bestimmungsfaktor des Konsums ist“ (S. 61). Mit gutem Recht zieht der Verf. aus den Ergebnissen den Schluß, daß „die beiden besten Funktionen“ sich gut für langfristige Konsumprojektionen eignen. Damit dürfte auch das anfangs zitierte Urteil von *Langelütke* über die Bedeutung dieser Studie seine Bestätigung finden. Peter Quante, Kiel

Hans Bayer (Hrsg.): Lohnpolitik und Lohntechnik heute. Internationale Tagung der Sozialakademie Dortmund. Berlin 1962. Duncker & Humblot. 425 S.

Die Sozialakademie Dortmund, deren Leiter Hans Bayer ist, hat 1961 bereits ihre vierte internationale Tagung durchgeführt; die erste derartige Tagung fand 1958 statt und gab einen Überblick über die „Stellung der Arbeitnehmer in der Wirtschaftspolitik“ in Europa und in den USA; die folgenden Tagungen haben dann versucht, diesen Rahmen „mit Fragestellungen im einzelnen und konkreten Lösungen zu erfüllen“ (Vw. S. 5), und zwar handelte es sich 1959 um „Wirtschaftsprägnose und Wirtschaftsgestaltung“, 1960 um den „Angestellten zwischen Arbeiterschaft und Management“. Da das Lohnproblem für die moderne Wirtschafts- und Sozialpolitik von entscheidender

Bedeutung ist, verdienen die Ausführungen der Tagung von 1961 ganz besondere Aufmerksamkeit. Wie früher schon waren auch diesmal nicht nur die „Sozialpartner“ (besonders die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände und der Deutsche Gewerkschaftsbund), sondern auch Wissenschaftler verschiedener Fachrichtungen maßgeblich an der Erörterung des Stoffes beteiligt. Insgesamt wurden diesmal 24 Vorträge gehalten, die sich nicht nur allgemein, sondern teilweise auch sehr speziell mit dem genannten Thema befaßten.

Hier soll versucht werden, etwas näher auf den Inhalt eines Teiles dieser Vorträge und der dazugehörigen Diskussion einzugehen, um damit die Vielgestaltigkeit des Themas zu kennzeichnen. In seinem Vortrag „Lohnpolitik vom Standpunkt der Arbeitnehmer“ (S. 17 ff.) behandelt Bernhard Tacke (Vorsitzender des DGB) die geschichtliche Entwicklung der Lohnpolitik — wobei er auch eine statistische Darstellung der Streiks von 1900 bis 1960 gibt — und setzt sich dann mit den Argumenten gegen die Lohnpolitik der Gewerkschaften auseinander, besonders auch mit dem Problem der Lohn-Preis-Spirale; er betont als Auffassung der Gewerkschaften, „daß es sich bei den gezahlten Löhnen überwiegend um echte Leistungslöhne und nicht um freiwillig gezahlte Überverdienste handelt“. Seine Ausführungen sind mehrfach statistisch untermauert, vor allem die „übertarifliche Bezahlung der im Zeitlohn beschäftigten Arbeiter 1957“ Die „Lohnpolitik vom Standpunkt der Arbeitgeber“ stellt Dr. F. Spiegelhalter (Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände) dar (S. 37 ff.); er weist darauf hin, daß durch die Lohnentwicklung von 1950 bis 1960 „im Verhältnis zur volkswirtschaftlichen Güterproduktion ein Überdruck an Lohnkosten, eine Verteuerung der Sozialprodukteinheit um rund 20 vH“ entstanden sei, wozu er verschiedene statistische Daten anführt. Anderseits betont er „die Notwendigkeit einer Koordinierung der Lohnpolitik auch mit der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik des Staates“ und verlangt abschließend eine Versachlichung der Lohnpolitik „auf der Grundlage der amtlichen Statistik“. In der recht ausgiebigen Diskussion werden u. a. sehr interessante Fragen zu einer möglichen gesetzlichen Gestaltung der Lohn-Preis-Entwicklung gestellt (S. 326 f.) und von einem Mitarbeiter des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften hervorgehoben, daß das durchschnittliche Tariflohnniveau sich im Jahre 1960 um genau 6,1 vH erhöht habe, also im gleichen Umfang, wie auch die Produktivität gestiegen sei (S. 339).

Die „Lohnpolitik und Lohntechnik in England“ (S. 115 ff.) behandelt H. C. Hillmann (University of Leeds) und stellt fest, daß der Reallohn in England in den Nachkriegsjahren zugleich mit dem Sozialprodukt gestiegen sei, vor allem dank dem Eingreifen des Staates; auch sonst geht er genau auf die Geschichte der Lohnpolitik und die gleichzeitige Entwicklung des Sozialprodukts ein. Allerdings ist er überzeugt, daß „die Stabilität des Leistungslohnes schwer zu halten

sein wird". In der Diskussion wurde ein Anstieg des Reallohns bestätigt.

Pen von der Reichsuniversität Groningen erörtert den „Lohnanteil am Nationaleinkommen“ (S. 187 ff.), wobei er feststellt, „daß die Löhne und Gehälter heute in den zivilisierten Ländern Westeuropas zwischen der Hälfte und Dreiviertel des Nationaleinkommens liegen“, und geht auch auf die Frage ein, „weshalb der Lohnanteil relativ so wenig schwankt“. Als Ergebnis der Diskussion wird festgestellt, „daß das Lohn-Einkommensverhältnis (wage ratio) einen besseren Maßstab für die relative Lage der Arbeiter darstellt als der Lohnanteil“ (S. 420).

Die „Internationale Lohnpolitik“ (S. 251 ff. u. 259 ff.) wird dann behandelt von Fr. Fabers (Bundesvereinigung der Arbeitgeber) und K. Casserini (Leiter der Wirtschaftsabteilung im Internationalen Metallarbeiterbund, Genf). Fabers gibt vor allem eine genaue Definition der Lohnpolitik und geht näher auf die Doppelfunktion des Lohnes ein als Einkommen für den Arbeitnehmer und Produktionskosten für den Arbeitgeber. Casserini weist u. a. darauf hin, daß „zwei Drittel der Menschheit . . . vom wirtschaftlichen Fortschritt und vom Anstieg des Lebensstandards noch weitgehend ausgeschlossen“ sind. Er macht die wirtschaftlich fortgeschrittenen Länder darauf aufmerksam, „daß der Aufstieg der Entwicklungsländer nur über ihre Industrialisierung möglich ist“. Die Probleme der Entwicklungsländer sind deshalb so bedeutsam, weil „es sich hier um die entscheidendste Zukunftsfrage der freien Welt handelt, der wir in unserer Wirtschaftspolitik, unter richtiger objektiver Beurteilung der lohnpolitischen Aspekte, unbedingt voll Rechnung tragen müssen“. Die internationale Lohnpolitik der Gewerkschaften bezeichnet Casserini deshalb als besonders wichtig, weil „ungerechte Arbeitsbedingungen zu einem Störfaktor in den Konkurrenzbedingungen auf dem Weltmarkt werden“ können. Im übrigen setzt er sich noch kritisch mit den Bemerkungen von Spiegelhalter über den Lohn als Kaufkraft in der Vollbeschäftigung auseinander, deren „inflationistischen Trend“ er leugnet. „Um eine allmähliche Angleichung des Lebensstandards auf dem Wege des Fortschritts zu erreichen“, genügen nach seiner Auffassung nicht Lohnpolitik und sozialpolitische Mittel allein, sondern hierzu sind wirtschaftspolitische Mittel, vor allem internationale Zusammenarbeit und Koordinierung in der Wirtschaftspolitik erforderlich.

Hinzuweisen ist auch noch auf die Ausführungen von T. Hocevar (Keuka College New York) über „Methoden der Lohnbestimmung in den USA“ (S. 281 ff.), wobei er die gesetzliche Lohnregelung, die sich dort auf die Festsetzung des Minimallohnes und auf Prämienbestimmungen für Überstunden beschränkt, und die Bestimmungen über Lohn und Lohnhöhe im Kollektivvertrag unterscheidet; auch die betrieblichen Wohlfahrtsleistungen werden hier eingehender behandelt.

Das Thema „Lohn und Technik“ (S. 299 ff.) findet eine zusammenfassende Behandlung bei E. *Oberhoff* (Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände), der besonders darauf hinweist, „daß die Wirkung der Arbeit auf den Menschen nicht vom Charakter der Arbeit abhängt, sondern vom Charakter des Menschen“. In diesem Zusammenhang sieht er auch die Gestaltung des „Betriebsklimas“, das davon abhänge, „wie jeder einzelne dazu beizusteuern bereit ist“. Auch mit dem Problem der „Monotonie“ setzt er sich vom Standpunkt des Arbeiters auseinander und weist hin auf das „natürliche Verantwortungsbewußtsein, den ursprünglichen Leistungswillen und die Leistungsfreude des Arbeiters“.

Sozusagen abschließend geht Bayer noch auf die „Bestimmgründe der Lohnbildung und Lohngestaltung in der modernen gesellschaftlichen Wirtschaft“ (S. 309 ff.) ein, wobei er ebenfalls den Zusammenhang von Lohn- und Preispolitik betont, dem gegenüber in einer isolierten Betrachtung einzelner Wirtschaftsbeziehungen eine große Gefahr bestehe. Bei der Diskussion werden z. T. recht kritische Stimmen gegen *Oberhoff* laut.

Speziell mit der *Lohntechnik* gibt sich am Schluß noch R. *Halbe* (Rationalisierungskuratorium der deutschen Wirtschaft) ab in seinem Vortrag über „Traditionelle Methoden der Lohntechnik und technischer Fortschritt“ (S. 313 ff.). U. a. führt er folgendes aus: „Bei zunehmender Mechanisierung verschwindet diese Autonomie des Arbeiters; die Maschine übernimmt mehr und mehr seine früheren Funktionen“; hier tritt besonders hervor die Frage der „Gewichtung“, die er als ein „wichtiges personal-politisches Mittel“ bezeichnet, „mit dem sich zum Beispiel der Arbeitskräfteeinsatz ordnen und die Vorstellungen über den Berufsnachwuchs und die Berufsförderung und eine zweckmäßige Arbeitsgestaltung wirksam verwirklichen lassen“; recht kritisch behandelt er die Frage der Akkordentlohnung bei fortschreitender und hochgradiger Mechanisierung. Sein Ergebnis: „Vielleicht wird man — anstatt von Arbeitsschwierigkeit und Leistungslohn auszugehen — viel stärker ökonomische und soziologische Gesichtspunkte auch für die betriebliche Lohngestaltung heranziehen müssen.“

Aus der Fülle der hier nicht besprochenen Themen seien wenigstens einige im folgenden genannt, um darzutun, wie vielfältige Wege die Verhandlungen in der Sozialakademie gegangen sind: „Lohnpolitik in einer automatisierten Wirtschaft, Der Beitrag der Arbeitsphysiologie zur Lohnfindung, Tarifvertragsrecht und Lohnpolitik, Lohn und Leistung, Betriebliche Lohndifferenzierung, Tarifpolitik und technischer Fortschritt, Technischer Fortschritt und überbetriebliche Lohndifferenzierung“.

Nach allem hier Gesagten ist sicherlich der Hinweis berechtigt, daß die Erörterungen der Sozialakademie *sehr beachtliches* Material darstellen für alle, die sich praktisch und theoretisch mit den modernen Lohnproblemen befassen wollen.

Peter Quante, Kiel

Maximilian Schubart: Das Tabu der Gehälter. Düsseldorf-Wien 1962.
Econ Verlag. 192 S. mit zahlreichen Tabellen (davon 800 Gehaltsangaben).

Noch immer gilt die Personalführung als Stiefkind in der Unternehmungspolitik; ihr wird nicht die Aufmerksamkeit zuteil, die dem Außendienst zukommt. Gegen diese verhängnisvolle Fehleinschätzung wendet sich das Buch des bekannten Personalberaters, der in der Absicht, der Wirtschaft einen Dienst zu erweisen, von der Gehaltsfrage her Probleme der Organisation und Unternehmungsführung behandelt (S. 7). Es wäre unbillig, an diese bewußt populärwissenschaftlich gehaltene Darstellung mit den kritischen Maßstäben heranzugehen, nach denen wissenschaftliche Publikationen beurteilt werden müssen, und etwa Unschärfen in der Begriffsbildung, Überschneidungen in den einzelnen Abschnitten oder die sehr kurorische Abhandlung über die „Geburt des Angestellten“ zu rügen. Denn hier schreibt der wissenschaftlich gebildete, kenntnisreiche Praktiker für die Praxis. In seinen Ausführungen fallen die folgenden Hauptthesen und -vorschläge auf:

1. Die menschliche Arbeitsleistung und ihre Bewertung sind Bestandteil der Intimsphäre und daher ein Tabu, das mit dem Schleier der Geheimhaltung umgeben wird (S. 41 ff.).
2. Außer den Tarifgehältern und dem „inoffiziellen Marktwert“ gibt es bei der Mehrzahl der deutschen Firmen keine echten Maßstäbe für die Gehaltsfestsetzung (S. 17).
3. Deshalb und weil nach seinen Erfahrungen 35 % der Kündigungen wegen der Gehaltsregulierung erfolgen (S. 89), wendet er sich gegen die bisher geübte Mystifizierung und setzt sich für eine Offenlegung der Gehälter und eine Gehaltsskala und Personalbewertung nach objektiven, von ihm im Anhang des Buches entwickelten Kriterien ein (S. 47, 171 ff.).
4. Personalmangel, Fluktuationen, Nachwuchsschulung, Betriebsklima, Fehlzeiten u. a. stehen in enger Beziehung zur Gehaltspolitik (S. 15). Durch Ausweitung der Aufgaben des Personalleiters (S. 61), durch Personalmarketing analog der Marktpflege der Markenartikelunternehmen (S. 66) an Stelle einer schematischen „Personalbeschaffung bei Bedarf“, durch bewußte Formung eines Personalbildes und -stiles und eine schöpferische Personalkonzeption sollen die Reibungen im Personalsektor beseitigt werden (S. 72).
5. Das Gerede von der Personalknappheit erklärt der Verfasser für Unfug. Selbst Spezialisten seien in genügender Anzahl zu finden, aber sie lehnten es ab, für eine Firma „ohne Personalbild“ tätig zu werden (S. 70).
6. Spitzenkräfte streben zunehmend die Teilhaberschaft in mittleren und kleinen Unternehmen an, wo sich Eigentum und unternehmerische Tätigkeit verbinden lassen (S. 29, 103). Gleichzeitig verdrängen Team und Partner die beherrschende Figur des Einzelunternehmers (S. 32, 33).

7. Neben der materiellen Entlohnung in Form des Geldgehalts betont Schubart den Wert des immateriellen Entgeltes, wie es in dem Prestige der Positionen, dem Anrecht auf Titel und Befugnisse und besonders in der Sicherheit von Beamtenstellen zum Ausdruck kommt (S. 76).
8. Für die leitenden Mitarbeiter schlägt Schubart einen Ausbau des 2. Gehaltes (Tantieme, Bonus usw.) vor (S. 106, 107).

Anschließend einige kritische Anmerkungen: Formulierungen wie „neue Mitarbeiter nach dem augenblicklichen Marktwert einkaufen“ (S. 16) sollte gerade ein für fortschrittliche Personalpolitik eintretender Autor vermeiden. — Die angeführten Gehälter des Jahres 1957 müssen um 39 % (nicht 35 %) erhöht werden, um sie mit den Zahlen vom Februar 1962 vergleichbar zu machen. — Bei den 800 Gehältern (S. 127 ff.) fehlt die Angabe des Alters der Gehaltsbezieher; ein exakter Vergleich dürfte den Personalabteilungen darum schwerfallen.

Die Unternehmungsleitungen und Personalbüros werden die Ratsschläge des versierten Praktikers mit viel Gewinn lesen. Aber auch der Theoretiker kann Anregungen aus der Lektüre schöpfen: die Bedeutung des immateriellen Entgeltes ist in der Lohnpolitik noch immer nicht eingehend genug behandelt, und nach Schubarts Ausführungen lassen sich hinter die Theorie der automatischen Lohnbildung und -anpassung nach den Marktgesetzen einige Fragezeichen setzen.

Rochus Castner, Nürnberg

Günter Merle: Der freiwillige soziale Aufwand in der Industrie und seine betriebswirtschaftliche Behandlung. Berlin 1963. Verlag Walter de Gruyter & Co. 162 S., 26 Abb.

Der freiwillige soziale Aufwand hat in den verschiedenen deutschen Wirtschaftszweigen 1957 durchschnittlich 11,3 % des Personalaufwands bzw., gemessen an der bereinigten Lohn- und Gehaltssumme, 16,3 % oder 725 DM pro Kopf erreicht (die Vergleichszahlen für den gesetzlichen und tariflichen Sozialaufwand: 19,4 bzw. 28,1 % oder 1250 DM). Die Höhe dieser Aufwendungen spricht für die Notwendigkeit der vorliegenden Untersuchung, die von Götz *Briefs* angeregt wurde. Merle geht von einer Klärung des Begriffs „freiwilliger sozialer Aufwand“ aus, stellt sodann dessen einzelne Arten wie Altersversorgung und Gratifikationen dar, zeigt die betriebspolitischen und die Verrechnungsprobleme und schließt mit einem kurzen kritischen Überblick über die Meinung der Öffentlichkeit zum sozialen Aufwand ab. Die durchgehend klare und lesbare Darstellung ist für die Praxis von großem Wert: Sie zwingt zur Auseinandersetzung mit den eigenen sozialen Aufwendungen, liefert Maßstäbe für deren Zweckmäßigkeit und gut aufbereitetes Zahlenmaterial für einen Branchenvergleich und schafft durch die eingehende buchhalterische Behandlung die Voraussetzung für eine genaue Erfassung und Vergleichbarkeit; auf die

einschlägigen steuerlichen Vorschriften wird hingewiesen. Für wissenschaftliche Bedürfnisse bietet das Buch eine gelungene Zusammenfassung von Vorarbeiten und die neuesten Zahlen. Folgende Gesichtspunkte erscheinen besonders erwähnenswert:

1. Obwohl sich der Verfasser gegen jeglichen „sozialen Klimbim“, der bis zur Freizeitgestaltung durch den Betrieb reicht, wendet (S. 74), betont er andererseits die Notwendigkeit der sozialen Aufwendungen wegen der „sozialen Konkurrenz“ der Unternehmen auf ausgeschöpften Arbeitsmärkten (S. 100). So kommt er auch zu einer fast völligen Gleichsetzung von sozialen Aufwendungen mit sozialen Kosten: „Der freiwillige soziale Aufwand ist grundsätzlich *betriebsnotwendiger Gutsverbrauch*“ (S. 78).

2. Begründet wird der freiwillige soziale Aufwand ferner mit den Erfordernissen moderner Personalwirtschaft; die wiederholten Hinweise auf eine betriebsindividuelle, an der Personalstruktur ausgerichtete soziale Betriebspolitik wirken besonders anregend (S. 103 ff.).

3. Obwohl nicht namentlich genannt, wird der Produktivitätsge- sichtspunkt in Form von Zweckmäßigkeitssüberlegungen als Kriterium über Wert und Unwert sozialer Leistungen herausgestellt. Merle gibt Hinweise auf die Steigerung von Ertrag und Wirtschaftlichkeit durch den Sozialaufwand. Es wäre zu wünschen, daß der vorliegenden Arbeit eines Tages eine Untersuchung über die volkswirtschaftlichen und soziologischen Auswirkungen des freiwilligen Sozialaufwandes folgt, besonders auch unter den Aspekten von Lohntheorie und Lohnpolitik.

4. Nicht überhört werden sollte die Warnung vor der gefährlichen Kostenremanenz bei sinkender Beschäftigung, welche auch für den freiwilligen Sozialaufwand — im Gegensatz zur Auffassung der meisten Praktiker — gilt (S. 82).

Im Zusammenhang mit der Menschenökonomie spricht Merle vom freiwilligen sozialen Aufwand als einem „Mittel zur wirtschaftlichen Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft“ (S. 12). Wegen der Nähe zum Begriff der Ausbeutung spräche man hier besser und wertneutral von „Steigerung der menschlichen Arbeitskraft“. — Der häufig gebräuchte Ausdruck „Aufwände“ beginnt sich leider in der betriebs- wirtschaftlichen Literatur einzubürgern, obwohl diese entbehrliche Mehrzahlform in den deutschen Wörterbüchern nicht verzeichnet ist; warum also nicht „Aufwendungen“? — Merle nennt die freiwilligen sozialen Kosten „zwar betriebsnotwendig, aber nicht fertigungs- bedingt“ (S. 135). Sofern Fertigung und Herstellung den Kern des Betriebes ausmachen, wird man ihm nicht beipflichten können. — Hinsichtlich der betrieblichen Altersversorgung ist anzumerken, daß sowohl das Kapitaldeckungs- als auch das Anwartschaftsdeckungsverfahren einem — wenn auch nicht vom Betrieb verschuldeten — Risiko ausgesetzt ist: der Geldentwertung (S. 50 ff.).

Rochus Castner, Nürnberg

Otto Bickendorf: Die Harmonisierung der Arbeitskosten im Gemeinsamen Markt. (Studie Nr. 4 des Wirtschaftlichen Instituts der Gewerkschaften.) Köln 1962. Bund Verlag. 122 S.

Die Studie untersucht die Frage, ob eine Harmonisierung der Arbeitskosten in den Ländern der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft möglich sei. Im 1. Teil wird neben der Untersuchung der gesetzlichen und tarifvertraglichen Eigenarten der Lohn- und Sozialpolitik an Hand von ausführlichen Statistiken eine Angleichung der Arbeitskosten in den EWG-Ländern festgestellt. Im 2. Teil werden die verschiedenen Harmonisierungsbestimmungen des EWG-Vertrages untersucht.

Das Ergebnis der Untersuchung (S. 85) ist, daß eine Harmonisierung der einzelnen bzw. der gesamten Arbeitskosten — sofern darunter eine mit dirigistischen Mitteln von supranationalen Organen dekretierte Angleichung verstanden wird — nicht möglich und notwendig sei. Durch den plötzlichen Eingriff in das Arbeitskostengefüge würden Verzerrungen entstehen, wo vorher keine waren, insbesondere da die Arbeitskostenunterschiede z. T. auf Wechselkursdisparitäten und auf natürlichen Produktivitätsunterschieden beruhen. Eine Harmonisierung der Lohnpolitik (S. 18, 24) — insbesondere der Lohnfindung und der Lohnbindung — wird auch wegen der Eingriffe in die Autonomie der Tarifvertragsparteien, die auch in Frankreich, mit Ausnahme bei den unbedeutenden Mindestlöhnen, seit 1959 besteht (S. 22!), abgelehnt. Dagegen sei die im EWG-Vertrag vorgesehene „Harmonisierung“, die sich im allgemeinen aus dem Wirken des Gemeinsamen Marktes und der Koordinierung der Sozial- und Währungspolitik als „Angleichung der Lebens- und Arbeitsbedingungen auf dem Wege des Fortschritts“ ergibt, möglich und wünschenswert.

Diesem Ergebnis widerspricht der Hinweis, daß eine Harmonisierung der unterschiedlichen Systeme der Sozialen Sicherheit vorgenommen werden soll (S. 26). Da in den einzelnen Ländern u. a. unterschiedliche wirtschaftliche Möglichkeiten, Lebensgewohnheiten und soziale Probleme bestehen, würde eine Harmonisierung der Sozialsysteme und insbesondere eine Harmonisierung der Sozialleistungen nach oben u. a. inflationäre Auswirkungen haben. Hinzu kommt, daß es fragwürdig ist, ein mehr oder weniger gut funktionierendes nationales Sozialsystem zu zerschlagen.

Dieser Widerspruch mag ursächlich mit der Ungenauigkeit und Schwierigkeit des Begriffs der „Sozialen Harmonisierung“ zusammenhängen, der auch in dieser Studie nicht klar definiert werden konnte. Auf die ausführliche Definition von Nederhorst wird nur verwiesen (Dokument des Europäischen Parlaments Nr. 87, 1961). Durch die ausgewählten Stellungnahmen zur Sozialen Harmonisierung entsteht gelegentlich der Eindruck, der Verfasser hätte sich von der Vorstellung leiten lassen, daß alle französischen Stellungnahmen eine Harmonisierung forderten. Tatsächlich gab es aber auch in Frankreich schon vor 1960 Gegner der Harmonisierung (z. B. P. Laroque, J. M.

Jeanneney, P. Wack, P. Reuter), anderseits wurde in Deutschland von einzelnen auch schon vor 1960 eine Harmonisierung befürwortet.

Die angeführten Daten und Statistiken sind teilweise durch neuere Veröffentlichungen veraltet, z. B. „Bericht zur Sozialen Lage“ 1961, die erwähnte EWG-Sozialstatistik Nr. 3, 1961, u. ä.

Abgesehen von diesen kleinen Mängeln ist es das Verdienst des Verfassers, daß er einen Teil der Debatte um die Harmonisierung der Arbeitskosten darstellte und daß er erneut auf die Unmöglichkeit und wirtschaftlichen Gefahren der immer noch aktuellen Bestrebungen einer Harmonisierung der Arbeitskosten oder einzelner Sozialkosten hinwies.

Hanjo Lell, Berlin

Helmut Winterstein: Der Investivlohn in der Bundesrepublik Deutschland. Eine wirtschafts- und sozialpolitische Untersuchung. (Heft 16 der Nürnberger Abhandlungen zu den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften.) Berlin 1961. Verlag Duncker & Humblot. 134 S.

Das Thema „Investivlohn“ ist, besonders wieder seit der Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche, in der sozialpolitischen Diskussion der vergangenen Monate in den Vordergrund getreten. Die Vertreter des Investivlohnes gehen von der Annahme aus, daß unsere heutige Wirtschaftsordnung die einseitige Anhäufung von Eigentum am Produktionsvermögen begünstige, die große Zahl der arbeitenden Menschen aber vom Eigentum am Produktionsvermögen weitgehend ausschließe. Dieser Zustand könnte zwar einer Stärkung der Produktivkraft der Wirtschaft dienen, er entspräche aber nicht den Grundsätzen einer gerechten Verteilung des Sozialproduktes. Dadurch werde die Bereitschaft der Menschen, solche gesellschaftlichen Ordnungen zu schaffen und zu erhalten, in denen die Freiheit des Menschen gewahrt wird, ernstlich gefährdet.

Der Verfasser versucht in seinem Buch, dem man allerdings zu sehr den Charakter einer Dissertation anmerkt, aus der großen Zahl der Veröffentlichungen zu diesem Thema eine wissenschaftliche Durchdringung der aufgeworfenen Fragen zu ermöglichen. Dieses Ziel ist ihm jedoch nur teilweise gelungen. In den beiden ersten Kapiteln des Buches untersucht der Verfasser den Begriff und die gemeinsame Ausgangsposition, aus der die verschiedenen Investivlohnvorschläge geboren wurden. Der Schwerpunkt der Arbeit liegt in der Darstellung und Kritik verschiedener Investivlohnvorschläge. Im einzelnen untersucht der Verfasser die Pläne von Erwin Häussler, Karl Hinkel, Oswald von Nell-Breuning und Rudolf Pass. Die Darstellung der Vorschläge ist nicht vollständig. Wenn auch der Verfasser nicht beabsichtigt zu haben scheint, sämtliche Investivlohnvorschläge darzustellen und einer Kritik zu unterziehen, so ist andererseits der Grund nicht erkennbar, warum er gerade diese Auswahl getroffen hat und andere für die sozialpolitische Diskussion wichtige und in ihrer Konstruktion interessante Vorschläge nicht berücksichtigte. So vermißt man z. B. die Vorschläge der DAG und der Sozialausschüsse der CDU;

sowie die Miteigentumspläne von *Gleitze, Bachmann und Büttner*, die ebenso wie der beschriebene Plan von *Pass* noch bedingt als Investivlohnvorschläge angesprochen werden können. Der Wert der Arbeit liegt in der Gegenüberstellung der genannten Vorschläge und in der Darstellung ihrer wesentlichen Unterschiede sowie ihrer Vor- und Nachteile bei der Durchführung und der voraussichtlichen sozialpolitischen und volkswirtschaftlichen Veränderungen.

Am Schluß des Buches werden die Formen der Eigentumsbildung aus dem Investivlohn und ihr wirtschaftspolitischer Einfluß untersucht. Der Verfasser kommt hier zu dem Ergebnis, daß die Verwirklichung des betrieblichen Miteigentums durch den Investivlohn ohne eine grundlegende Umgestaltung der Wirtschaftsordnung nicht möglich ist, und er weist besonders darauf hin, daß die Verfügungsmacht über einen großen Anteil des Produktionskapitals den Banken zufließen würde, so daß sich eine neue Konzentration der Verfügungsmacht ergibt. Der Verfasser behandelt jedoch nicht alle Probleme, die die Frage des Investivlohnes mit sich bringt. Die betriebswirtschaftlichen Probleme werden vernachlässigt, obwohl doch gerade der Betrieb es ist, der hier zur Durchführung einer sozialpolitischen Aufgabe herangezogen wird. Das Ergebnis des Verfassers, daß die Lösung des Problems einer breiten Eigentumsstreuung nur darin liegen kann, daß die staatliche Ausbildungsförderung „notfalls durch Stipendien schon vom 14. Lebensjahr ab“ (S. 118) gefördert wird, und der Vergleich mit „dem Osten“ sind abwegig. Der Verfasser berücksichtigt dabei nicht die Gefahr eines akademischen Proletariats. Letztlich können nicht alle Führungskräfte werden — erst recht nicht „im Osten“.

Das umfangreiche Literaturverzeichnis unterstreicht den im ganzen wissenschaftlichen Charakter des Buches, das damit der sozialpolitischen Diskussion viele Anregungen und Hinweise geben kann.

C. Günter Merle, Wulfrath

Ulrich Pleiß: Freiwillige soziale Leistungen der industriellen Unternehmung. Versuch einer Wesenserfassung und systematischen Ordnung. (Veröffentlichungen des Instituts für Industrieforschung der Freien Universität Berlin, hrsg. von E. Kosiol, Bd. 10.) Berlin 1960. Duncker & Humblot. 248 S.

Neben die durch die Gesetzgebung festgelegten sozialen Leistungen an Arbeitnehmer sind im Laufe dieses Jahrhunderts zunehmend freiwillige soziale Leistungen von Unternehmern getreten, die allerdings vielfach — teilweise sogar sehr nachdrücklich — von den Gewerkschaften abgelehnt wurden, worauf der Verf. in seiner Einführung hinweist. Gerade aber die dadurch hervorgerufenen Schwierigkeiten machen es besonders erforderlich, eine „einsichtige und allgemein anzuerkennende Konzeption“ zu schaffen, um vor allem „die schwelende Krise, die sich in der sozialen Betriebsgestaltung abzeichnet“ (S. 13), zu überwinden. Diesen Zweck unterstreicht auch *Kosiol* in seinem Vorwort: „Diese „Untersuchung erstrebt durch eine Wesenserfassung und systematische Ordnung eine Erhellung der vielfältig verschlungenen

Zusammenhänge und stellt einen umfassenden und eingehenden Versuch dar, das Problemknäuel sinndeutend und verstehend aufzulösen“. Eine solche Lösung ist aber auch nur dann möglich, wenn der im Unternehmen beschäftigte Mensch positiv eingeschätzt wird; *Kosiol* sagt hierzu: „Über der vorliegenden Untersuchung steht der Glaube an eine menschliche soziale Gestaltung der Unternehmung, der zu folge nicht nur die Arbeitsleistung des Menschen als Mittel im Produktionsprozeß eingesetzt wird, sondern auch der Mensch als Träger dieser Arbeitsleistung Selbstzweck ist und entsprechend unserem abendländischen Bild vom Menschen als Subjekt gewertet, geachtet und behandelt wird.“

Die Darstellung selbst gliedert sich in zwei Abschnitte: 1. Wesenschichten und Erscheinungsformen der freiwilligen sozialen Leistungen (139 S.) und 2. Begriffliche Untersuchungen zum Komplex der freiwilligen sozialen Leistungen (60 S.). Es folgen noch Literatur-, Namens- und Sachverzeichnisse und eine Inhaltsangabe sowie eine Zusammenfassung in englischer Sprache. Der Inhalt des 1. Abschnitts ergibt sich sehr klar aus der Überschrift der einzelnen Kapitel: 1. Freiwillige soziale Leistungen als Mittel zur Hebung und Sicherung der Wohlfahrt der Arbeitnehmer (Betriebswohlfahrtspflege); hier wird im „Ergebnis“ (S. 52 f.) festgestellt: Von philanthropischen, karitativen usw. „Beweggründen getragen, jedoch durch planmäßiges, gesteuertes Vorgehen gefestigt und eine tiefere Breitenwirkung nach sich ziehend. überformte und ersetzte die Betriebswohlfahrtspflege die private Wohltätigkeit der Unternehmer. . . . In einem entwickelteren Stadium der Fabrikwohlfahrtspflege kennzeichnet die freiwillige betriebliche Sozialpolitik den sozialpolitisch relevant gewordenen Bereich der betrieblichen Wohlfahrtspflege (= Gewährung zusätzlicher Sicherung gegen die Wechselfälle des Lebens). Von der Unternehmung aus gesehen, wurde wiederum das Ziel verfolgt, das Wohl der eigenen Belegschaft zu fördern.“

2. Freiwillige soziale Leistungen als Mittel zur Steigerung der Ertragbarkeit der menschlichen Arbeit („Menschenökonomie“ — menschliche Arbeitsökonomie). 3. Freiwillige soziale Leistungen als Mittel zur Förderung der Eigenständigkeit und zur Erfüllung der Lebenserwartungen des arbeitenden Menschen in der Unternehmung (Soziale Rationalisierung). 4. Freiwillige soziale Leistungen als Problem der Verteilung des Unternehmungsertrages; hier wird mit Recht im „Ergebnis“ (S. 137) betont: „Zum Bestandteil einer Erfolgsbeteiligung gehören keinesfalls Sozialleistungen, die als Aufwand in die Rechnung eingestellt werden.“ 5. Synthetische Betrachtung der Wesenschichten der freiwilligen sozialen Leistungen, wobei unter anderem die „wesensmäßige Ergänzung“ durch Menschenökonomie und durch soziale Rationalisierung (S. 142 ff.) zu erwähnen sind.

Im zweiten Abschnitt werden die einzelnen Begriffe (im 6. bis 8. Kapitel) sehr genau und eingehend nach der rechtlichen, betriebswirtschaftlichen und ethischen Betrachtungsweise behandelt; im 8. Ka-

pitel werden besonders dargestellt Lohnnebenkosten, Aufwendungen für den arbeitenten Menschen, betriebliche Aufwendungen für die menschliche Arbeit, Aufwendungen der Unternehmen für ihre Arbeitnehmer (S. 193 ff.), dabei allerdings hervorgehoben, „daß die Problematik der freiwilligen sozialen Leistungen mit den angebotenen Begriffen und Gliederungen nicht gelöst wird“ (S. 217). Der Verf. schlägt hier als zusammenfassenden Gattungsbegriff vor „Leistungen der Unternehmung für den arbeitenden Menschen“ (S. 218), die durch weiterführende Forschungen nach bestimmten Leistungsgruppen ausgewiesen werden müßten, wobei er z. B. produktionsbedingte und wirtschaftlichkeitsbedingte Leistungen unter dem Begriff der „menschlichen Arbeitsökonomie“ zusammenfaßt.

Peter Quante, Kiel

Fritz Voigt und Walter Weddigen: Zur Theorie und Praxis der Mitbestimmung. Erster Band Herausgegeben von Walter Weddigen. Berlin 1962. Verlag Duncker & Humblot. 556 S.

Die Diskussion um die Mitbestimmung ist in den vergangenen Monaten mit besonderer Schärfe wieder entfacht. Insbesondere von den Gewerkschaften wurde gerade dieses Thema wieder in den Mittelpunkt gerückt. So sind die Gewerkschaften bemüht, das von ihr in der Montanindustrie 1951 und 1956 gesetzlich verankerte qualifizierte Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer auf alle Großunternehmungen unabhängig von Branche und Rechtsform auszudehnen.

Zu diesem aktuellen Thema, das auch in die Reformbestrebungen zum Betriebsverfassungs- und zum Aktiengesetz hineinwirkt, ist nunmehr in der Bundesrepublik Deutschland eine umfassende wirtschaftliche Untersuchung erfolgt. Die Professoren Voigt und Weddigen haben mit einem Team in fünfjähriger Arbeit auf Grund von Diskussionen und (im Anhang des Buches wiedergegebenen) Fragebogen eine Analyse des Mitbestimmungsrechts und seiner Auswirkungen durchgeführt. In dem bisher erschienenen ersten Band ihres Werkes „Zur Theorie und Praxis der Mitbestimmung“ werden die in Art und Wirkung unterschiedlichen Mitbestimmungsmöglichkeiten der Arbeitnehmer nach dem Mitbestimmungsgesetz für die eisen- und stahlerzeugende Industrie und dem Bergbau von 1951, der Holding-Novelle von 1956 sowie nach dem Betriebsverfassungsgesetz vergleichend gegenübergestellt.

Im ersten Teil des Werkes untersucht Weddigen „Begriff und Produktivität der Mitbestimmung“. Die Frage der gesamtwirtschaftlichen Ergiebigkeit der betrieblichen Mitbestimmung beantwortet er unterschiedlich. Mitbestimmungsrechte (im Sinne von Mitentscheidungsrechten) der Arbeitnehmer erscheinen ihm produktivitätsnotwendig in allen sozialen und personalen Betriebsfragen (S. 27). „Gefahren drohten aber heute u. U. von der Mitbestimmung in Angelegenheiten der Wirtschaftsführung, . . . vor allem aus der Tatsache, daß ein echter Marktausgleich im Kampf um die Arbeitsbedingungen nicht mehr zu-

stande komme, wenn der Mitbestimmungseinfluß der Arbeitnehmer auf beiden Seiten der Parteien des Arbeitsmarktes, also auch in der Willensbildung der Arbeitgeber zur Geltung komme“ (S. 68).

Im zweiten Teil des Werkes wird diese Gefahr zwar auch erkannt, jedoch auf Grund der Untersuchungen in der Praxis das Mitbestimmungsrecht nahezu ohne Einschränkung bejaht. Unter dem Titel „Die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Unternehmungen“ wird von Voigt sehr ausführlich untersucht, inwieweit durch die Mitbestimmung der Arbeitnehmer die Unternehmensführung, „die Willensbildung der Unternehmung“, bewußt oder unbewußt beeinflußt wird (S. 102).

Diese Untersuchung bildet den größten Teil des Werkes. Sie überzeugt durch die ausführlich dargelegte Untersuchungsmethode und die systematische Darlegung der Einwirkungsmöglichkeiten der verschiedenen Organe der Institution Mitbestimmung auf die „ökonomisch relevanten Handlungen und Reaktionen der Unternehmen“ (S. 207 ff.). So wird die Stellung des Arbeitsdirektors, der Arbeitnehmer-Aufsichtsratsmitglieder, des Betriebsrates und des Wirtschaftsausschusses, wie sie nach dem Gesetz geregelt und wie sie in der Praxis anzutreffen ist, dargelegt.

Den interessantesten Teil dieser Untersuchung bilden zweifellos die Abschnitte, in denen untersucht wird, inwieweit die jeweiligen Mitbestimmungsorgane Einfluß auf die Lohn-, Beschäftigungs-, Sozial-, Investitions-, Preis- und Konzentrationspolitik der Unternehmen erzielen können. Da in der Montanindustrie der bisher höchste Grad der Mitbestimmung erreicht ist, ergibt sich zwangsläufig, daß überwiegend die dort aufgetretenen Probleme diskutiert werden.

Voigt kommt in seiner Untersuchung zu sehr interessanten Ergebnissen, die er am Schluß in 24 Punkten noch einmal zusammenfaßt. So betont er z. B., daß die Mitbestimmung der Arbeitnehmer sich als Institution im deutschen Wirtschaftsleben zwar bewährt hat, ihre endgültige Bewährungsprobe jedoch noch nicht erbracht sei, da die Institution sich in Jahren nahezu ungestörten wirtschaftlichen Aufstiegs entwickeln konnte (S. 500). Sehr klar wird auch hervorgehoben, daß durch die Mitbestimmung in der Montanindustrie die Gewerkschaften eine noch nie in der Geschichte erlangte Machtposition erreicht hätten, die jedoch aus den verschiedensten Gründen heute nur zu einem sehr geringen Teil ausgenutzt würden. Voigt stellt in diesem Zusammenhang mit Recht die Frage, wer diese „Gegenkraft“ kontrolliere, wenn sie sich zielbewußt organisierte (S. 517).

Für jeden, der sich mit Fragen der Mitbestimmung beschäftigt oder beschäftigen muß, enthält das vorliegende Werk Ergänzungen, Anregungen und Durchleuchtungen dieses schwierigen Themenkomplexes. Dem angekündigten zweiten Band, eine ähnliche Untersuchung bei Betrieben, die ausschließlich dem Betriebsverfassungsgesetz unterliegen, darf mit großem Interesse entgegengesehen werden.

Dietger Hahn, Berlin

Fritz Machlup: Die wirtschaftlichen Grundlagen des Patentrechts. (Sonderveröffentlichung aus „Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht / Auslands- und internationaler Teil“, 1961, Heft 8—9, 10 und 11.) Weinheim a. d. B. 1962. Verlag Chemie G.m.b.H. 141 S.

Mit dieser deutschen Übertragung des Originalberichts „An Economic Review of the Patent System“, den Machlup dem Patent-, Handelsmarken- und Urheberrechtsunterausschuß des amerikanischen Senats erstattete, werden nun auch hierzulande einem weiteren Leserkreis die Ergebnisse einer umfassenden Studie zugänglich gemacht, die nach einem kurzen Überblick über die Entwicklung des Patentwesens und den derzeitigen Stand der Dogmatik die Grundbegriffe und die ökonomisch wesentlichen Beurteilungskriterien des Patentschutzes abhandelt und dessen Wirkungen im System der Marktwirtschaft einer Pro und Contra abwägenden theoretischen Prüfung unterzieht. Zwar bleibt die prinzipielle Streitfrage unentschieden, ob funktionsfähige Konkurrenz des Patentschutzes bedarf oder nicht, doch bietet die differenzierende Betrachtungsweise Machlups genug Raum, um von den heutigen Lebens- und Arbeitsbedingungen der „Berufserfinder“ und den uneinheitlichen nationalen Patentrechtsordnungen her jedenfalls gewisse Teilantworten zuzulassen, die alles in allem deutlich von vorschnellen Verallgemeinerungen abraten: „Wenn man nicht weiß, ob ein System ‚als Ganzes‘ (im Gegensatz zu bestimmten Elementen oder Bestandteilen) gut oder schlecht ist, so ist die sicherste Folgerung, die sich ziehen läßt, die, so wie bisher weiterzumachen — entweder mit dem System, wenn man lange mit ihm gelebt hat, oder ohne das System, wenn man bisher auch so auskam“ (S. 140). Ob der Blickweite und Unvoreingenommenheit seiner Expertise steht dem Verfasser dieses Non liquet wohl an. Immerhin ist unser Wortschatz um den (einem Buchtitel des englischen Märchen- und Schauerromanautors Horace Walpole nacherfundenen) Ausdruck „Serendipität“ — für „die Fähigkeit, durch Zufall glückliche und unerwartete Entdeckungen zu machen“ (S. 78 ff., 81) — reicher geworden.

Antonio Montaner, Mainz

Hans Gert Lobscheid (Hrsg.): Gegenwartsfragen der Versicherung — Beiträge zur Forschung und Praxis. Heft 5/6 der Versicherungsstudien — Veröffentlichungen der Kölner Versicherungswissenschaftlichen Vereinigung e. V. Berlin 1962. Duncker & Humblot Verlag. 138 S.

Die Schriftenreihe der Kölner Versicherungswissenschaftlichen Vereinigung ist in Fachkreisen so gut eingeführt, daß es keiner allgemeinen Vorbemerkungen hierzu bedarf. Erwähnt werden soll lediglich, daß an Stelle der bisher durchweg als Einzelschriften monografischen Charakters erschienenen Veröffentlichungen jetzt ein Sonderheft vorgelegt wird. Es will in einer Sammlung kurzer Aufsätze dem Praktiker Gelegenheit zur schnellen Information über den Stand der Wissenschaft auf seinem Arbeitsgebiet geben. In der Versicherungswirtschaft ist in unserer unruhigen Zeit mehr denn je vieles in Be-

wegung; die Versicherungswirtschaft ist insofern der Spiegel der allgemeinen wirtschaftlichen und technischen Entwicklung. Die Zahl der Probleme wächst ständig, und ihr Gewicht verschiebt sich in relativ kurzen Zeitspannen. Deshalb ist es gut, von Zeit zu Zeit eine knappe, prägnante Darstellung der einzelnen Probleme in die Hand zu bekommen, und insoweit erfüllt das Buch seinen vorgesetzten Zweck.

Im ersten Abschnitt „Grundlagenforschung“ weist Hans Möller, Hamburg, auf die noch immer sehr unterschiedliche Terminologie im Versicherungswesen hin, die sowohl der wissenschaftlichen wie der praktischen Arbeit hinderlich ist. Für die Unterscheidung von Sozialversicherung und „Nichtsozialversicherung“ wird bereits seit Jahrzehnten nach geeigneten Begriffen gesucht, ohne daß bisher eine ideale Lösung gefunden worden wäre. In der Sozialversicherung sollte der unschöne Begriff „Versicherungsträger“ beseitigt und ein besserer dafür gesucht werden. Für die Schadensversicherung weist Möller mit Recht darauf hin, daß der Begriff der „Nicht-Personen-Versicherung“ zumindest unschön ist, aber auch unter Aktiven- und Passiven-Versicherung können sich nur wenige Leute etwas vorstellen.

Einen sehr interessanten Beitrag über die soziale und betriebliche Sicherung hat *Obayashi*, Tokio, beigesteuert. Die in ihm entwickelten Gedanken zur Struktur der sozialen Sicherung gipfeln in der Forderung, diesen nicht die Bedeutung des „Allmächtigen“ zu geben, sondern Freiheit und Unabhängigkeit auch im sozialen Sicherungssystem zu bevorzugen. Auch in der betrieblichen Sicherung sieht er eine Schmälerung der Eigensicherung und die Gefahr einer Entartung der selbstverantwortlichen Gesellschaft. Der Verfasser fordert eine klare Grenzziehung zwischen sozialer, betrieblicher und Eigensicherung.

Der Abschnitt 2 befaßt sich mit „Entscheidungen im Unternehmen“. Der mathematische Beitrag von Karl Borsch, Bergen, beschäftigt sich mit Versicherung und Spieltheorie. Er weist an Beispielen nach, daß die Spieltheorie, die er für eine der bedeutendsten Neuerungen auf dem Gebiet der Sozialwissenschaften während der letzten Jahrzehnte hält, sich auch in der praktischen Anwendung als äußerst fruchtbar erwiesen hat.

Erhebliches Gewicht kommt dem Beitrag von Alex Möller, Karlsruhe, „Betriebswirtschaftliche Ansätze einer Unternehmensplanung in der Lebensversicherung“ zu. Die Betriebswirtschaft ist von jeher ein Stiefkind der Individualversicherung gewesen, und eine bewußte und koordinierte Unternehmensberatung ist bei manchen Gesellschaften zu vermissen. Möller zeigt an einer Lebensversicherungsgesellschaft Beispiele für die Vorbereitung und Analysen, die zur Aufstellung von Teilplänen und deren Zusammenfassung zu einem Gesamtplan im Interesse eines mustergültigen Zusammenspiels erforderlich sind. Das Gewicht des Außendienstes wird besonders betont. Die Ausführungen Möllers über die Ausbildung der Außendienstmitarbeiter können nicht nachdrücklich genug unterstrichen werden. Die Wichtigkeit der Kostenanalyse und Kostenüberwachung wird stark heraus-

gestellt. Interessant ist vor allem, daß hier ein langjähriger erfahrener Praktiker zu dem Ergebnis kommt, daß Planung keineswegs immer die Schaffung eines großen besonderen Apparates bedeutet und nur Großunternehmen eine eigene Planungszentrale einrichten sollten. Das Thema wird durch den kurzen Beitrag von Möller noch keineswegs ausgeschöpft. Hier ist noch ein weiter Spielraum für Doktordissertationen gegeben.

Über die Forschung im Versicherungsbetrieb schreibt der Herausgeber Lobscheid. Er plädiert für eine wissenschaftliche Unternehmensführung und weist darauf hin, daß die Bedeutung der Forschung in der Versicherung bisher unterschätzt wird. Ob die Verteilung von Aufträgen für Forschungsarbeiten allerdings ein geeignetes Mittel ist, um die wissenschaftliche Arbeitsweise im Betrieb zu verbessern, erscheint fraglich. Für einen Forschungsbeauftragten im Betrieb werden nach den bisherigen Erfahrungen nur wenige Unternehmen Mittel bereitstellen. Die gefühlsmäßige oder Zufallsentscheidung wird also wohl noch lange die Unternehmenspraxis beherrschen.

Im dritten Teil der Schrift werden „Forschungsfragen zu Versorgungsplänen“ behandelt. Den Abschnitt eröffnet Wilhelm Claussen, Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, mit einem Beitrag über die Statistik der gesetzlichen Rentenversicherung als Leistungs- und Finanzstatistik. *Claussen* behandelt in diesem ausgezeichneten Artikel den Zustand der bisherigen Statistik und fordert eine größere Dynamik; einmal um bessere versicherungstechnische Bilanzen erstellen und damit die Leistungen der Rentenversicherungsträger besser herausarbeiten zu können, aber auch um die künftigen Dispositionen des Gesetzgebers besser vorzubereiten. Die Bedeutung der Rentenversicherung für die gesamte Volkswirtschaft, die sich allein aus den Jahresausgaben in Höhe von 21,5 Milliarden DM im Jahre 1961 ergibt, macht es erforderlich, zu einer umfassenderen Statistik zu kommen. *Claussen* fordert, daß sich diese Statistik auch auf die Verhältnisse der Rentenempfänger erstrecken soll, um die künftige Sozialplanung besser untermauern zu können. Dieser Forderung kann nur voll beigetreten werden.

Auch der zweite Artikel des dritten Abschnitts ist von einem ausgezeichneten Sachkenner, Georg Heubeck, verfaßt und betrifft „Technische Lösungen zum Problem der dynamischen Pensionen“. *Heubeck* stellt fest, daß die komplizierten „dynamischen“ Sachverhalte sich auf einfache Formeln und Klauseln der Versicherungsmathematik zurückführen und richtig erfassen lassen. Diese Dynamik zu bewältigen, liegt aber im Interesse der versicherungstechnischen Gerechtigkeit. Versuche, die in Amerika und der Schweiz gemacht wurden, werden vom Verfasser näher dargestellt, der dann auf die deutschen Verhältnisse eingeht und die Versuche, die Kaufkraftminderung auszuschalten, erläutert.

Im letzten Beitrag dieses Abschnittes untersucht Ernst-Otto Starke, Bonn, die Grundgedanken einer Reform der Zusatzversorgung im

öffentlichen Dienst. Anlaß zur Reform bietet auch hier die Dynamisierung der Sozialversicherungsrenten, obwohl die Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes durch die Rentenreform nicht etwa in Frage gestellt wurde. Es sollen jedoch hier und da aufgetretene Fälle der Über- oder Unterversorgung beseitigt werden; außerdem erörtert man eine Dynamisierung auch dieser Versorgungsteile sowie die Behebung des mangelnden Gleichgewichts von Leistungen und Beiträgen. Die Reform, die 2,5 Millionen Bedienstete des öffentlichen Dienstes betrifft, wird keine grundlegenden Änderungen im System bringen und insbesondere den Eigencharakter der Zusatzversorgung wahren. Die einzelnen Versorgungspläne werden dargestellt und einer kritischen Betrachtung unterworfen. Nach Ansicht des Verfassers wird der sogenannte Johannsen-Strehuber-Plan voraussichtlich die Grundlage der Verhandlungen über die Neuordnung bilden, die bereits eingeleitet sind.

Im vierten und letzten Abschnitt, der den Gegenwartsfragen verschiedener Versicherungszweige gewidmet ist, spricht zunächst Ernst *Fritz*, Berlin, aktuelle Fragen des Versicherungswesens in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft an und weist an Hand des Beispiels der Rückversicherung sowie an Hand der Diskussion über Maßnahmen zur Vereinfachung der Zulassung ausländischer Unternehmen im europäischen Marktgebiet die Schwierigkeiten der Verständigung über, zunächst einfach erscheinende Fragen nach.

Helmut *Heinrichs*, Köln, untersucht sodann die Folgen der Liberalisierung des Wettbewerbs in der Kraftfahrtversicherung und stellt dabei die günstige Entwicklung der Spezialversicherer heraus, die einen verbilligten Versicherungsschutz gewähren. Demgegenüber müßte es bei anderen Versicherern partiell zu echten Preissteigerungen als unmittelbare Folge des Wettbewerbs kommen und eine Marktpaltung eintreten. Der Verfasser prüft dann die Frage, ob eine Angleichung der Beiträge möglich ist, solange die Kalkulationsgrundsätze gelten, die der Bundeswirtschaftsminister durch Verordnung festgelegt hat. Die Frage wird zu Recht verneint, jedoch erwartet der Verfasser ein Einpendeln der Beiträge auf ein einheitliches Niveau, das nach und nach durch Wandlung der Bestände eintreten soll. Er erwartet ferner ein Ansteigen der Schadens- und Kostenquote.

Gefahren einer zu weit gehenden Liberalisierung sieht er auch in dem Provisionsproblem. Schließlich behandelt er die Kalkulationsgrundlagen nach der Liberalisierung und stellt an den Gesetzgeber die Forderung, Maßnahmen zu ergreifen, die für die Zeit ab Januar 1966 die Kalkulation von Unternehmenstarifen sichern. Der Artikel wird sicher großem Interesse in Fachkreisen begegnen.

Ein weiterer Beitrag von *Koch*, Bonn, betrifft die Entwicklung und Bewahrung der industriellen Neuwertversicherung in Deutschland, die sich nach seinen Feststellungen nach 1928 zu einem fast vollkommenen Versicherungsschutz entwickelt hat.

Wieder zur gesetzlichen Versicherung übergehend behandelt Otto *Estenfeld*, Köln, die Neuordnung der gesetzlichen Krankenversiche-

rung, ein heute — im Hinblick auf die im Gange befindliche Reform — höchst aktuelles Thema, über das auch die Tagespresse laufend berichtet.

Alles in allem kann man den Versuch des Herausgebers, einen Querschnitt durch aktuelle Gegenwartsfragen der Versicherung zu geben, als gelungen betrachten. Der Versuch sollte fortgesetzt werden.

Eberhart Finke, Berlin

Siegfried Orschler: Die Zweiteilung in der finnischen Konsumgenossenschaftsbewegung. (Veröffentlichung des Instituts für Genossenschaftswesen an der Philipps-Universität Marburg/Lahn.) Düsseldorf 1958. Michael Tritsch Verlag. 175 S.

Der Verfasser behandelt im Anschluß an die Ursprünge und Entstehungsgründe des finnischen Konsumgenossenschaftswesens die von 1911 bis zur Spaltung 1916 währenden inneren Richtungskämpfe, denen folgende Streitfragen zugrunde lagen: 1. Das Verhältnis zwischen sozialistischer Arbeiterbewegung und Konsumgenossenschaften einerseits sowie zwischen genossenschaftlich organisierten Arbeitern und Landwirten andererseits. 2. Die Trennung der ideellen Zentralorganisation von dem genossenschaftlichen Warengroßhandel und im Zusammenhang damit das Verhältnis zwischen den Produzenteninteressen der Landwirte und den Verbraucherinteressen der Arbeiter. 3. Als Hauptstreitpunkt das Wahlsystem der genossenschaftlichen Delegierten zu den Kongressen und Jahresversammlungen (S. 20). Orschler legt die Ziele und die besonderen Aufgaben dieser Richtungen und die Grundzüge ihrer organisatorischen Weiterentwicklung dar und erörtert sodann ihre gegenwärtige Gesamtlage und ihre Position in der finnischen Volkswirtschaft, die praktische Tätigkeit der beiden konsumgenossenschaftlichen Zentralverbände und die Markt- und Konkurrenzverhältnisse der finnischen Konsum- und Großeinkaufsgenossenschaften. In den letzten Kapiteln werden die Wirkungen der konsumgenossenschaftlichen Zweiteilung auf die Fortbildung der Verbraucherorganisation im ganzen sowie auf die Verbands- und Geschäftspolitik, die derzeitige Situation der beiden Richtungen — dem finnischen Sprachgebrauch folgend KK = Kulutusosuuskuntien Keskusliitto (Zentralverband der Konsumgenossenschaften) und SOK = Suomen Osuuskauppojen Keskusosuuskunta (Großeinkaufsgenossenschaft finnischer Handelsgenossenschaften) genannt —, die Probleme ihrer gegenseitigen Kontrolle und die Möglichkeiten und allfälligen Konsequenzen einer konsumgenossenschaftlichen Vereinigung untersucht, die nach der Überzeugung des Autors — entsprechend der Idee genossenschaftlicher Kooperation — dem Wohle aller Mitglieder und der weiteren Entfaltung des finnischen Genossenschaftswesens am förderlichsten wäre. Was die Lektüre der Schrift auch theoretisch besonders reizvoll macht, ist der jedenfalls für Finnland zu konstatierende Widerspruch, daß genossenschaftliche Konkurrenz zu einer starken Ausbreitung des Genossenschaftswesens beizutragen vermag (S. 7).

Antonio Montaner, Mainz